Aus der Rede des Genossen Ernst Aust am 21.12.79 Seite 12 1 H 3752 CX

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 1 vom 4. Januar 1980 14. Jahrgang 1 DM



21. Dezember 79, ein Datum, das für alle Marxisten-Leninisten, für alle Revolutionäre und Patrioten, für die Werktätigen der ganzen Welt einen besonderen Klang hat. An diesem Tag wäre der Genosse J.W. Stalin 100 Jahre alt geworden. Über 800 Mitglieder und Freunde der KPD/ML versammelten aus diesem Anlaß im im festlich geschmückten Essener Saalbau-ein traditionsreicher Ort für die deutsche Arbeiterbewegung. Hier fand vom 2. bis 7. März 1927 der 11. Parteitag der KPD unter Führung Ernst Thälmanns statt. Auszüge aus der Rede des Genossen Ernst Aust, Vorsitzender des ZK der KPD/ML auf Seite 12 und 13.

Sowjetischer Überfall

Russen raus aus Afghanistan!

Gefährliche Zuspitzung in Asien

Sowjetische Soldaten fielen Ende der vergangenen Woche in Afghanistan ein. Sie nahmen die Hauptstadt Kabul in Besitz und stürzten das Amin-Regime. Einen neuen Regierungschef hatten die Invasoren gleich mitgebracht: Babrak Karmal, der sich mit Amin überworfen hatte und im osteuropäischen „Exil" lebte — bis ihm jetzt das sowjetische Militär den Weg zum Regierungspalast freischoß.

Der brutale Überfall der russischen Supermacht auf das südliche Nachbarland hat bei allen fortschrittlichen Kräften in der Welt tiefe Empörung ausgelöst. Erinnerungen werden wach an jenen August 1968, als sowjetische Truppen in die Tschechoslowakei einmarschierten. Wie damals Prag, so ist heute Kabul eine besetzte Stadt unter dem Militärstiefel Moskaus — sowjetische Soldaten kontrollieren die Straßen und öffentlichen Einrichtungen, und sie machen jeden Widerstand der Bevölkerung gnadenlos nieder.

Und wieder einmal versuchen die Breschnew und Co. ihrer brutalen Aggression auch noch den Schein von Völkerrechtlichkeit zu geben. Da ist von einem Hilfsersuchen an die sowjetischen Truppen die Rede, aber jedermann weiß, daß ein solches Ersuchen nicht aus Afghanistan kam, sondern in Moskau selbst geschrieben wurde. Da wird sogar — wie schon beim Überfall auf Prag — vom proletarischen Internationalismus geredet, in dessen Geist der Überfall erfolgt wäre. Die Wahrheit aber ist: Hier hat eine imperialistische Supermacht rücksichtslos ein kleines Land und sein Volk vergewaltigt. Hier ging es um nichts anderes, als darum, den ohnehin schon starken Einfluß auf Afghanistan zu festigen und ein vollends moskauhöriges Regime an die Macht zu bringen.

Die natürlichen Reichtümer des Nachbarlandes, seine strategische Lage in der Nähe des Indischen Ozeans und der nahöstlichen Ölquellen — das hat die Kreml-Herren zu ihrem Überfall bewogen. Und wie zu erwarten war, hat dieser sowjetische Gewaltakt sofort die andere Supermacht, den amerikanischen Imperialismus, auf den Plan gerufen. Carter gab sich in seinen ersten Erklärungen als ein glühender Verteidiger des afghanischen Volkes. Niemand sollte über solchen heuchlerischen Phrasen jedoch vergessen, daß die amerikanische Supermacht über Jahrzehnte hinweg den Völkern des Iran das blutige Regime des Schahs aufgezwungen hat, und daß diese Supermacht gegenwärtig vor aller Augen Vorbereitungen für einen militärischen Überfall auf den Iran trifft.

Weder der einen noch der anderen Supermacht geht es um die Freiheit der Völker. Das zeigt auch deutlich die Ankündigung Washingtons, man wolle jetzt das pakistanische Militärregime verstärkt aufrüsten.

Angesichts dieser kritischen Lage müssen die Aggressionen **beider** Supermächte entschieden verurteilt und bekämpft werden.

Nach dem Zerfall der OPEC

Ölmultis wollen 1,40 Mark pro Liter Benzin!

HAMBURG. — Sofort nachdem bekannt wurde, daß die OPEC-Länder sich auf ihrer letzten Konferenz nicht mehr über einen gemeinsamen Ölpreis einigen konnten, setzte in der gesamten westdeutschen Presse eine enorme Kampagne ein, um die weiter in die Höhe getriebenen Ölpreise zu rechtfertigen. Das seit langem gehegte Ziel der Ölmultis, in Westdeutschland einen Preis ähnlich dem in Frankreich zu diktieren wird jetzt offen angepeilt.

Zwischen 1,30 und 1,50 Mark lagen die Prognosen der Topmanager der deutschen Filialen der Ölmultis für den Benzinpreis im kommenden Jahr. Prognosen, die sofort überall verbreitet wurden. Jetzt, so betonten die Herren aus den Führungsetagen der anloamerikanischen Ölmonopole, jetzt, wo die OPEC faktisch zerstört sei, würden die Ölscheichs den Preis grenzenlos hochtreiben, und sie seien gezwungen, nachzuziehen. So wurde in der Propaganda über Nacht eine völlig Wende vorgenommen. War die OPEC bisher als Schuldiger an der ständigen Steigerung des Ölpreises verleumdet worden, so sieht es jetzt fast so aus, als sei sie bisher zur Preisdämpfung dagewesen.

Von neuem bestätigt sich so die Erfahrung, daß die Herren der Ölgiganten, all die Milliardäre, wie Rockefeller, Mellon, Morgan, Rothschild und Samuels jede Entwicklung nutzen, um einen höheren Preis zu diktieren. Jetzt, nachdem es ihnen gelungen ist, mit Hilfe des reaktionären Regimes von Saudi-Arabien die OPEC faktisch handlungsunfähig zu machen, sehen sie ihre Chance gekommen, wieder zum absoluten Alleinherrscher auf dem Ölmarkt zu werden und noch größere Rekordprofite einzustreichen als 1979.

Soldaten gegen Demonstranten in der Türkei

ANKARA/ISTANBUL. — Am Jahrestag des faschistischen Massakers von Kahramanmaras kam es in verschiedensten Städten der Türkei zu großen Protestaktionen gegen die faschistischen Mordorganisationen und das Kriegsrecht.

Militär und Polizei gingen mit aller Gewalt gegen die protestierenden Menschen vor, und töteten mindestens zehn Personen, darunter allein sieben in Ankara.

In Ankara verhaftete die Polizei nicht weniger als 2400 Demonstranten,



In Istanbul wurden sogar 2500 Personen verhaftet.

Die zahllosen Demonstranten trugen und verbreiteten auch Stalinplakate in verschiedenen Sprachen der Völker der Türkei.

Neuer Inflationsschub droht

Jetzt erst recht: echte Lohnerhöhung!

DÜSSELDORF. — Zwischen 9,5 und 10,4 Prozent bewegen sich die Lohnforderungen der IG-Metall. Das ist erheblich weniger, als an der Basis gefordert wurde. Der ÖTV-Vorstand hat gar eine „Forderungsempfehlung" von nur neun Prozent beschlossen. Gleichzeitig zeichnet sich ein neuer heftiger Inflationsschub ab.

Die Konzerngewaltigen verschärfen ihre zynische Hetze gegen die Lohnforderungen der Arbeiterschaft. Angesichts der Ölpreiserhöhungen sei jetzt Lohnverzicht absolut notwendig; ansonsten werde „unsere Wirtschaft ruiniert".

Sicherer als das Amen in der Kirche ist es, daß die Unternehmer die Ölpreiserhöhungen nicht nur restlos auf die Werktätigen abwälzen, sondern sie auch zum Vorwand für eine zusätzliche Preistreiberei nehmen werden.

Für die Arbeiter und kleinen Angestellten werden kräftige Lohn- und Gehaltserhöhungen deshalb jetzt nur noch notwendiger. Denn durch die maßlose Profitgier der Kapitalisten ist unser Lebensstandard jetzt noch stärker bedroht.

Nicht nur die Kapitalisten, auch Regierung und Staat wollen alle wirtschaftlichen Lasten, seien es höhere Förderpreise für das Erdöl, sei es die „hausgemachte" Inflation, stets auf die Arbeiter, unteren Angestellten und die anderen Werktätigen abwälzen.

Die DGB-Führung teilt im Grunde diese Ausbeuterphilosophie. Deshalb heißt es jetzt: Aktiv gegen einen Niedrigabschluß! Für echte Lohnerhöhung kämpfen! Die KPD/ML und die RGO unterstützen diesen Kampf.

DGB-Führung unter dem Druck der Basis

Aktionen gegen Aussperrung beschlossen

DÜSSELDORF. — Der in letzter Zeit immer lauter gewordene Protest der gewerkschaftlichen Basis gegen die Untätigkeit der DGB-Führer in Sachen Kampf gegen die Aussperrung hat gefruchtet. Für die Zeit vom 1. Januar bis 20. Februar 1980 hat der DGB-Bundesvorstand Aktivitäten „gegen die Aussperrungspraxis der Unternehmer" beschlossen.

Die Beschlüsse des Bundesvorstands sehen im einzelnen folgende Maßnahmen vor:

Bis zum 20. Februar soll in jedem Landesbezirk des DGB eine größere Aktion stattfinden. In den DGB-Kreisen sollen außerdem dezentrale Aktivitäten stattfinden, zum Beispiel außerordentliche Delegiertenversammlungen und Betriebsräte- und Vertrauensleutekonferenzen.

Der DGB-Bundesvorstand will ein zentrales Flugblatt, eine Broschüre „Streik und Aussperrung", sowie weitere Materialien erstellen. Das Flugblatt soll am 11. Januar bundeseinheitlich vor den Werkstoren verteilt werden.

Ferner ist eine zentrale Kundgebung vorgesehen, die am 26. Januar in der Eilenriedhalle in Hannover stattfinden soll. Als Motto hat der Bundesvorstand vorgesehen: „Aussperrung verstößt gegen die Menschenwürde".

Es stellt sich allerdings die Frage: Warum soll die Kampagne am 20. Februar schon beendet sein? Am 3. und 4. März findet in Kassel die öffentliche Verhandlung des Bundesarbeitsgerichts über die Aussperrungsklagen der Gewerkschaften statt. Gerade zu diesem Zeitpunkt gilt es doch, die Aktivitäten zu verstärken und der Forderung nach dem Verbot der Aussperrung mit machtvollen Kundgebungen und Demonstrationen eindrucksvoll Nachdruck zu verleihen!



Immer lauter wurde in den letzten Jahren in der Arbeiterklasse die Forderung nach einem Verbot der Aussperrung. Das Foto zeigt einen Ausschnitt der 1. Maidemonstration 1979 in Hamburg.

In eigener Sache



An unsere Leser

Als im Frühjahr letzten Jahres der Preis des *Roten Morgen* erhöht wurde, kündigten wir an, ab Herbst den *Roten Morgen* umfangreicher und vielseitiger herauszugeben. Mit einiger Verspätung können wir nun dieses Versprechen einlösen: Ab dieser Nummer erscheint der *Rote Morgen* mit 16 Seiten.

Wir werden uns bemühen, die Möglichkeiten vielseitigerer Gestaltung, die der vergrößerte Umfang bietet, gut zu nutzen. Wir werden in Zukunft versuchen, die verschiedenen Seiten des Klassenkampfes umfassender wiederzuspiegeln und auch Bereiche, die bisher zu kurz kamen — zum Beispiel Kultur — mehr zur Geltung zu bringen. Der *Rote Morgen* soll aber nicht nur mehr Seiten umfassen, er soll auch qualitativ besser werden; er soll den Marxismus-Leninismus, die Politik der Partei und die Ansichten der Kommunisten zu den Fragen des Klassenkampfes, der Politik, Wirtschaft, Kultur etc. überzeugender und differenzierter darlegen.

Um in Zukunft die 16 Seiten auch wirklich gut gestalten zu können, sind wir — die Redaktion — natürlich noch mehr als bisher auf die Mithilfe unserer Leser angewiesen. Wir brauchen Zuschriften aller Art: Verbesserungsvorschläge, Kritiken, Berichte, Hinweise, literarische Beiträge, Karikaturen, Fotos etc. Übrigens sind wir auch telefonisch zu erreichen. Wer keine Zeit hat oder sich scheut zu schreiben, kann uns unter der Rufnummer 0231 / 43 36 91 täglich erreichen. Wir freuen uns über jede Zuschrift und jeden Anruf.

Jedoch: Mit der Vergrößerung des Umfangs und der Verbesserung der Qualität der Zeitung allein ist es nicht getan. Der *Rote Morgen* muß auch „unters Volk gebracht" werden. Und auch hier ist der *Rote Morgen* wieder zu einem guten Teil auf seine Leser angewiesen. Wir bitten euch deshalb, jede Gelegenheit zu nutzen, den *Roten Morgen* zu verbreiten — sei es im Betrieb oder im Freundeskreis, unter Kollegen, Bekannten und Verwandten.

Wir wissen: Wenn der Kommunismus die Köpfe der Massen ergreift, wird er die Welt verändern. — Aber er muß halt erst in die Köpfe hinein...

In diesem Sinne — mit revolutionären Grüßen

Eure Redaktion Roter Morgen

Aus dem Inhalt

Herausgeber: ZK der KPD/ML
Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr wird mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Kündigungen, die nach dieser Frist eingehen, werden nicht berücksichtigt. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Finanzminister fordern:

Lehrerarbeitslosigkeit muß bleiben

Westdeutschland- ein bildungspolitisches Entwicklungsland

BONN. — Als am 6. Dezember die Konferenz der Finanzminister der Länder zusammentrat, um unter anderem eine Stellungnahme zum gegenwärtig vorliegenden Entwurf zum neuen Bildungsgesamtplan zu beraten, sah es noch nach einer Routine-Sitzung aus. Nach den Weihnachtsfeiertagen wurde die einstimmig verabschiedete Stellungnahme bekannt. Sie löste scharfe Reaktionen vor allem bei gewerkschaftlich organisierten Lehrern aus.

Kernpunkt der Stellungnahme, die auf dem Amtswege dem Vorsitzenden der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung, Bundesbildungsminister Schmude (SPD) übersandt wurde, ist folgende lapidare Feststellung:

„Eine Vermehrung der Lehrerstellen kommt nach Auffassung der Finanzministerkonferenz nicht in Betracht."

Dabei ist die Bundesrepublik, gemessen an ihrer Stellung als führende Wirtschaftsmacht ein bildungspolitisches Entwicklungsland. Während hier im Durchschnitt 21 Schüler auf einen Lehrer kommen, sieht das Verhältnis im Durchschnitt der Europäischen Gemeinschaft entschieden besser aus, nämlich 15 zu 1.

Um dieses Verhältnis in der Bundesrepublick zu erreichen, müßten nach Berechnungen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) in den nächsten Jahren etwa 17 500 neue Lehrerstellen eingerichtet werden.

Nun ist es keineswegs so, daß etwa ein Lehrermangel herrschen würde. Im Gegenteil, das Angebot auf dem Arbeitsmarkt ist riesengroß. Vom Frühjahr 1978 bis März 1979 stieg die Zahl der arbeitslosen Lehrer von 13 000 auf 17 000 an.

Im August 1979 setzte die baden-württembergische Landesregierung in einem bislang beispiellosen Coup auf einen Schlag 1 800 Junglehrer auf die Straße.

Das Kampfziel der gewerkschaftlich organisierten Lehrer ist seit langem klar. Sie fordern die 40-Stunden-Woche bei gleichzeitiger Einstellung aller arbeitslosen Kollegen. Das hätte gleichzeitig eine Verkleinerung der Klassen zufolge, die besonders im Hinblick auf die nach wie vor stark benachteiligten Arbeiterkinder dringend geboten ist.

Die Finanzminister wollen naturgemäß von alledem nichts wissen. Für sie ist in die Bildungspolitik investiertes Geld totes Kapital. Sie sind lediglich daran interessiert, daß unsere Kinder mit einem Mindestmaß an Bildung als Lohnsklaven für den Profit der Unternehmer funktionieren. Unsere Steuergelder fließen den Unternehmern als Milliardensubventionen in die Taschen, finanzieren die gigantische Rüstungsmaschine.

Um ihre bildungsfeindliche Politik wenigstens einigermaßen zu kaschieren, bedienen sich die Finanzminister im wesentlichen zweier Argumente.

Angeblich würde die Vermehrung der Lehrerstellen die Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt beeinträchtigen. Genauso könnte man für das Ruhrgebiet eine Arbeitslosenquote von zwanzig Prozent fordern, um die Chancengleichheit mit der Oberpfalz zu gewährleisten.

Weiter wird behauptet, man wolle der pädagogischen Versorgung gegenüber der Arbeitszeitverkürzung Vorrang geben, wo doch gerade die Arbeitszeitverkürzung bei gleichzeitiger Vermehrung des Stellenangebots eine der wichtigsten Bedingungen für eine vernünftige pädagogische Versorgung darstellt. **Daß besonders die letzte Argumentation immer wieder ins Feld geführt wird, hat die GEW-Führung mitzuverantworten, da sie den berechtigten Kampf der Lehrer für die 40-Stunden-Woche lediglich mit einer Arbeitsüberlastung des Lehrpersonals begründet, anstatt vor allem auf den viel wichtigeren Zusammenhang mit Klassengröße und Arbeitslosigkeit hinzuweisen, um so vor allem den Eltern ihren Kampf plausibel zu machen.**

Stoiber verteidigt SS-Mörder

CSU - Heimstatt für Nazi-Verbrecher

In der CSU lebt der Ungeist von '33 fort

MÜNCHEN. — CSU-Generalsekretär Stoiber, Chefdemagoge seines Vorsitzenden in Sachen Nationalsozialismus, hat dem Vorsitzenden der Berliner Jüdischen Gemeinde, Galinski, schriftlich mitgeteilt, die CSU-Landesleitung sehe keine Möglichkeit, den wegen Beihilfe zum Massenmord an französischen Juden vor einem Kölner Gericht stehenden amtierenden Bürgermeister Heinrichsohn aus der CSU auszuschließen.

Vom SS-Schergen zum Bürgermeister: Ernst Heinrichsohn

Galinski hatte in einem Schreiben an den CSU-Chef Strauß Maßnahmen gegen Heinrichsohn gefordert.

Nun ist es also aktenkundig, worauf zahlreiche antifaschistische Persönlichkeiten immer wieder hingewiesen haben und dafür teilweise vor Gericht gezerrt wurden. Die CSU, deren Chef Antifaschisten als Goebbels-Schüler verunglimpft, die Jungsozialisten und Jungdemokraten mit SA und SS auf eine Stufe stellt, verteidigt einen früheren SS-Funktionär mit Zähnen und Klauen. Offenbar ist es mit dem Selbstverständnis der ultrarechten Münchner Unternehmerpartei nicht zu vereinbaren, die simpelsten Regeln des Anstands im Falle Heinrichsohn gelten zu lassen.

Wo hat es das schon einmal gegeben, daß ein Politiker, der als Angeklagter in einem Mordprozeß steht, in seinen Ämtern belassen wurde?

Auch bei der CSU wird es das normalerweise nicht geben. Heinrichsohn aber ist nicht irgendein CSU-Mitglied, nicht irgendein Bürgermeister; Heinrichsohn ist ehemaliger SS-Funktionär, Heinrichsohn verkörpert die verbrecherische Tradition der deutschen Imperialisten.

Das macht ihn in den Augen von Strauß und seiner ultrarechten und neonazistischen Anhängerschaft zu einer Figur, die um jeden Preis geschützt werden muß.

Die CSU ist weder sozial, noch ist sie christlich. In dieser Partei, besonders in ihren führenden Köpfen lebt der Ungeist fort, der Deutschland schon einmal ins Chaos stürzte.

Europamandat niedergelegt

STRASSBURG. — Wie kurz vor Weihnachten verlautete, haben die beiden westdeutschen Gewerkschaftsvorsitzenden Loderer und Hauenschild ihr Mandat im Europaparlament niedergelegt.

Was viele Gewerkschafter von Anfang an voraussahen, wird jetzt offenkundig. Das Gerede von der Vertretung der „Arbeitnehmerinteressen" auf europäischer Ebene diente lediglich dem Zweck, die Wahlbeteiligung nicht allzu niedrig ausfallen zu lassen. Die Gewerkschaftsbosse dienten dabei als Zugpferde. Nun haben sie ihren Dienst getan und treten ab, leider nur in Straßburg.

Stillhalteabkommen

MÜNCHEN. — Wie die Nachrichtenmagazine *Stern* und *Spiegel* übereinstimmend berichten, haben Vetter und Strauß bei ihrem Treffen in München vereinbart, die Polemik gegeneinander völlig einzustellen. Vetter scheint entschlossen, den DGB dem Strauß-Kommando zu unterstellen. Daß er dabei mit breitem und heftigem Widerstand zu rechnen hat, ist ihm klar. Der Coup gegen die *ran*-Redakteure, ihr Chef ist gleichzeitig für das DGB-Blatt *Welt der Arbeit* verantwortlich, ist eine erste Reaktion darauf.

(Zur weiteren Information über die Liquidierung der *ran*-Redaktion Seite 5.)

Landesregierung bricht Umweltschutzversprechen

DÜSSELDORF. — Auf dem Höhepunkt des Thallium-Skandals in Lengerich kündigte die Düsseldorfer Landesregierung ein neues Umweltschutzgesetz an, nach dem Unternehmer auch dann für die von ihnen verursachten Schäden aufkommen müssen, wenn ihnen kein Verschulden nachgewiesen werden kann.

Auf Initiative von Ministerpräsident Rau wurde das Projekt still und heimlich fallengelassen.

Kraftwerke boykottieren Kohle

ESSEN. — In einer ganzen Reihe von Bundesländern gibt es nicht einmal Planungen für neue Kohlekraftwerke, ließ der energiepolitische Sprecher der SPD-Fraktion Wolfram Ende des Jahres verlauten.

Der Ausbau der Energieversorgung auf Kohlebasis wird von den Energiemonopolen weitgehend sabotiert. Kürzlich machte der Vorsitzende der Vereinigung Industrielle Kraftwirtschaft (VIK) in Essen klar, daß die Kernenergie bei der Verstromung auf keinen Fall zurückgesetzt werden dürfe.

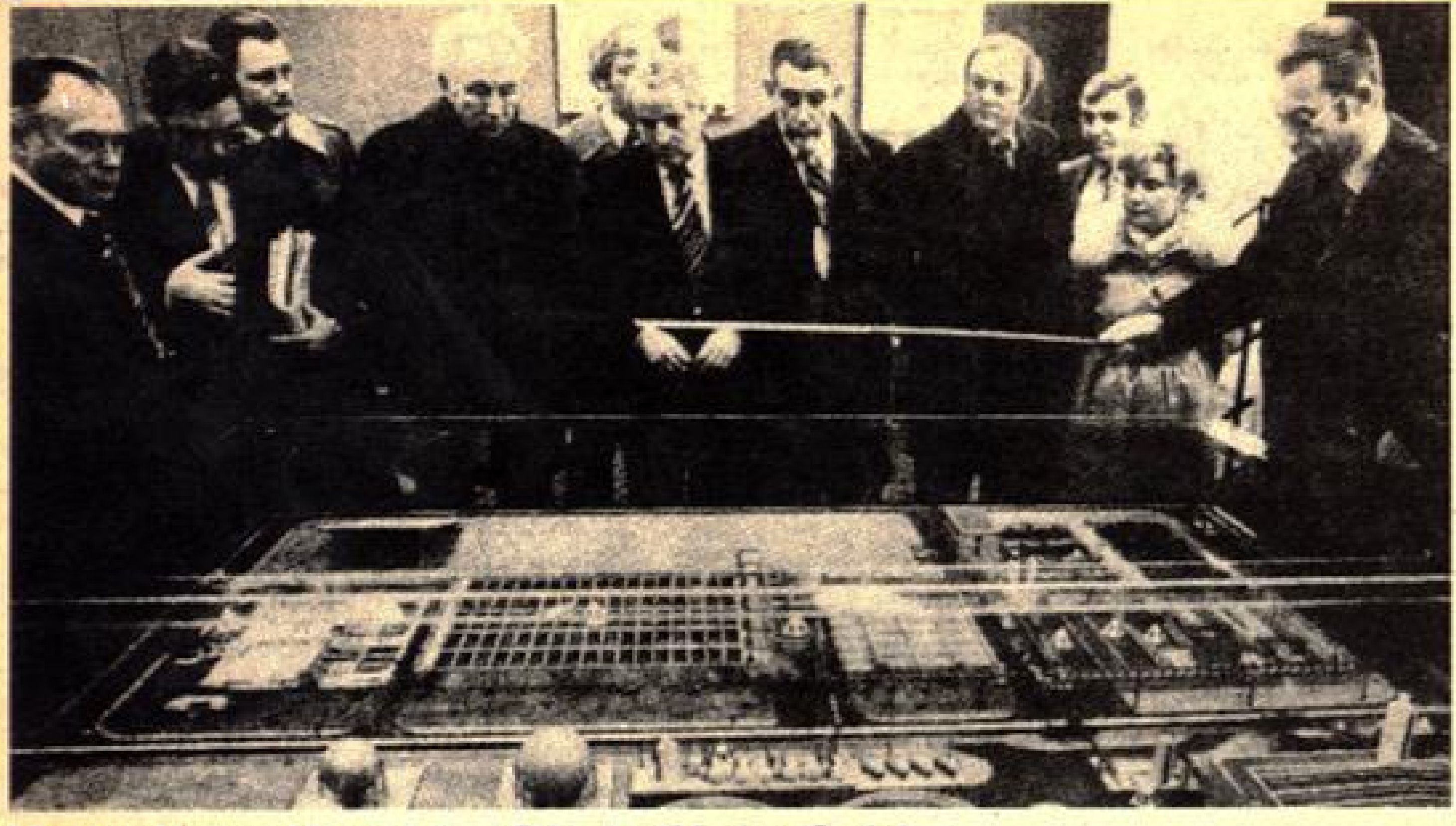
Das gefiel uns

Angesichts der unklaren Perspektive der ROTEN FAHNE als Zeitung können wir unsere Leser nicht zur Erneuerung der Abos auffordern...

Mit den besten Wünschen für das neue Jahr

ROTE FAHNE-Redaktion

(aus einer Mitteilung der Rote-Fahne-Redaktion vom 13. 12. 1979)



Stolz führt ein Vertreter der Farbwerke Hoechst AG im Herbst 1978 die neue Kläranlage am Modell vor. Spätestens seit Februar 1979 wurden hochgiftige Abwässer an der Kläranlage vorbei in den Main geleitet. Skrupellos zerstören die Kapitalisten Natur und Umwelt um des Profites willen.

Das Machtkartell

Interessant ist ein Blick auf den Aufsichtsrat der Farbwerke Hoechst. Hier eine kleine Auswahl:

Prof. Dr.-Ing., Dr. rer. nat. h.c., Dr.-Ing. E. h., Dr. rer. pol. h.c. Karl Winnacker, Königsstein (Taunus), Vorsitzender; 1933-45 IG Farben; 1952-69 Vorstandsvorsitzender bei den Farbwerken Hoechst AG, seit 1969 Aufsichtsratsvorsitzender; weitere Aufsichtsratsmandate; zweitweilig Präsident des Verbandes der Chemischen Industrie; Deutsches Atomforum; bekam 1963 das Große Bundesverdienstkreuz mit Stern und Schulterband verliehen.

Georg Badeck, Flörsheim, 1967 freigestellter Betriebsrat; 1968 Aufsichtsratsmitglied; 1970 Mitglied des hessischen Landtages; Mitglied des Kreisvorstandes Main-Taunus der CDU.

Dr. rer. pol. Diplom-Kaufmann Egon Overbeck, Düsseldorf; 1959 stellvertretendes Vorstandsmitglied der Vereinigten Deutschen Metallwerke AG Frankfurt; 1962 Vorstandsvorsitzender bei Mannesmann – Düsseldorf; 1969-73 Vorsitzender der Wirtschaftsgemeinschaft für Eisen- und Stahlindustrie.

Paul Lichtenberk, Bankdirektor, Düsseldorf; seit 1969 Vorstandssprecher der Commerzbank AG; 1966 Vizepräsident der Rheinisch-Westfälischen Börse; 1971 Vorstandsmitglied des Bundesverbandes Deutscher Banken.

Im Aufsichtsrat der Farbwerke Hoechst AG bilden Altnazis, Stahlbarone und Vertreter der Banken ein nahezu uneinnehmbares Machtkartell. Regierungen und Minister haben vor ihnen zu kuschen.

Umweltvergiftung im Rhein-Main-Gebiet

Der Main – Giftmülldeponie der Farbwerke Hoechst?

„*Was ist eigentlich Gift?*" fragte sich das SPD-Blatt *Vorwärts* in einer Bildunterschrift zum Umweltskandal der Farbwerke Hoechst AG. Mag die Beantwortung dieser Frage im allgemeinen chemische Kenntnisse voraussetzen, so steht doch im besonderen Fall Hoechst außer Zweifel, daß der Chemiegigant mindestens seit Februar die „schwer abbaubaren Substanzen" Chloroform, Tetrachlorkohlenstoff und Benzol ungefiltert in den Unterlauf des Mains abläßt. Und die sind in hohem Maße giftig, letztere sogar krebserzeugend.

Als am 16. Oktober dieses Jahres Umweltbeamte der Konzernleitung einschlägige Meßergebnisse unterbreiteten, gab diese unumwunden zu, 1500 Kubikmeter giftige Abwässer pro Tag vorbei an der erst im Herbst 1978 fertiggestellten Kläranlage in den Main zu pumpen. Doch ruchbar wurde die Affäre erst Anfang Dezember, als im Mainabschnitt bei Frankfurt-Hoechst zum wiederholten Male Fische mit dem Bauch nach oben dem Rhein zutrieben.

Staatssekretär Werner Brans (FDP) aus dem Wiesbadener Umweltministerium ließ am 10. Dezember im Hessischen Rundfunk verlauten, die 1978 in Betrieb genommene Kläranlage sei derart überlastet, daß die chemischen Abwässer ungereinigt eingeleitet würden. Wogegen der Umweltexperte Professor Dr. Günter Axt von der Technischen Universität Berlin erklärte, daß die erwähnte Kläranlage für derlei chemische Abwässer überhaupt nicht geeignet sei.

Das letzte Mal hatte die Hoechst AG im Juli dieses Jahres zugeschlagen. Damals wurde das Pflanzenschutzmittel Endosulfan in den Main abgelassen. Ein großes Fischesterben war die Folge.

Anläßlich des neuen Umweltskandals gab der hessische Umweltminister Görlach die Parole aus: „*Zäh und in kleinen Schritten dem Gegner zentimeterweise Zugeständnisse abringen.*" Görlach hat allen Grund, mit Vorsicht zu Werke zu gehen. Immerhin ist einer seiner Vorgänger über einen Umweltskandal gestürzt, in den auch die Hoechst AG verwickelt war.

Ansonsten drängte sich dem Beobachter der Vergleich mit einem wohlorganisierten Mafia-Syndikat auf. Deren Bossen sind in den seltensten Fällen Gesetzesbrüche nachzuweisen, und doch basiert ihr Reichtum auf verbrecherischer Tätigkeit. Geht es ihnen wider Erwarten einmal an den Kragen, so gibt es ein Heer von bestochenen Polizisten, Juristen, Politikern und Presseleuten, die in aller Regel dafür sorgen, daß der Gerechtigkeit **nicht** Genüge getan wird.

Gutachter fallen um

Im Oktober 1972 fand ein Prozeß gegen den Produktionsleiter und den Sicherheitsingenieur der chemischen Werke Albert, einer Tochtergesellschaft von Hoechst, statt. Die Staatsanwaltschaft warf ihnen vor, von Juni 1970 an ständig phenolhaltige Stoffe in den Rhein geleitet zu haben. Drei Gutachter mit dem international anerkannten Wissenschaftler Professor Joachim Bornemann vom Hygiene-Institut der Universität Mainz als Sprecher, stützten die Thesen der Staatsanwaltschaft.

Doch eine Woche nach Prozeßbeginn erklärt Staatsanwalt Birkel gegenüber der *Frankfurter Rundschau*: „Ich befinde mich in ziemlicher Beweisnot. Drei meiner Gutachter sind zur gleichen Zeit umgefallen. Ich kann mir diese plötzliche Reaktion einfach nicht erklären. Alle drei jedenfalls sind von ihrem schriftlichen Gutachten abgewichen."

Ähnliches ereignete sich ein Jahr zuvor. Damals hatte der Wissenschaftler Dr. Klausewitz öffentlich erklärt, Hoechst habe säurehaltige Abwässer in den Main geleitet. Später bestritt er energisch, überhaupt solch einen Vorwurf erhoben zu haben.

Umweltverseuchung mit politischer Rückendeckung

Obwohl alarmierende Zahlen des Bundesgesundheitsamtes über die chemische Verunreinigung des Mainunterlaufes vorliegen (Verdoppelung des Chemikalienanteils in den letzten drei Jahren), schloß die hessische Landesregierung im August 1978 einen bemerkenswerten, bis zum Ende dieses Jahrtausends befristeten Vertrag mit den Hoechst-Bossen. Die Farbwerke Hoechst samt Tochtergesellschaft Ticona und Nebenwerk Kelsterbach dürfen täglich 864 Tonnen Chlorsalze in den Main bzw. Rhein pumpen.

Die Hoechst-Tochter Cassella durfte 1975 mit behördlicher Genehmigung weiterhin 420 Tonnen schweflige Schlämme in einer Offenheimer Deponie ablagern, obwohl deren Kapazität viel zu klein war. Eine ähnliche Sondergenehmigung wurde dem Hauptbetrieb von Hoechst für dieselbe Deponie ein Jahr später erteilt.

In den meisten Fällen drohen die Hoechst-Bosse mit der Vernichtung von Arbeitsplätzen für den Fall, daß ihnen die Beseitigung des Mülls auf eigene Kosten zugemutet werden sollte.

Umweltverschmutzung durch Wachstum?

Der Gesichtspunkt der Kostenersparnis ist das zentrale Kriterium, mit dem die Unternehmer an die Umweltschutzproblematik herangehen. Sie sind bestrebt, nur dort zu investieren, wo Investitionen sich bezahlt machen. In die Rationalisierung zum Beispiel investieren sie Unsummen, um durch Vernichtung von Arbeitsplätzen und gleichzeitiger Steigerung der Arbeitshetze mit weniger Lohnkosten mehr produzieren zu können. Solche Investitionen haben in der Regel eine Steigerung der Profitrate zur Folge.

Investitionen in Sachen Umweltschutz dagegen tragen für die Unternehmer keinerlei Früchte, im Gegenteil, sie schmälern den Profit. Deshalb ist die massive Umweltverschmutzung von Seiten der Unternehmer nicht einfach eine böswillige oder unmoralische Handlungsweise, sondern Ausfluß der kapitalistischen Produktionsweise. Die Behauptung der Grünen, das industrielle Wachstum sei Schuld an der Zerstörung der Umwelt, erweist sich als blanker Unsinn.

Gerade das industrielle Wachstum stellt auch die Mittel zur Verfügung, einen wirksamen Umweltschutz zu organisieren. Man braucht nur einen Blick auf die vorläufige Bilanz der ersten drei Quartale von 1979 der Hoechst AG zu werfen. Der Umsatz steigerte sich um zehn Prozent auf knapp zwanzig Milliarden Mark, während der Gewinn sich sogar um 47 Prozent auf 708 Millionen erhöhte.

Auch die Technologie zur Vernichtung des chemischen Abfalls steht längst zur Verfügung. Es gibt keinerlei Veranlassung, anläßlich der systematischen Zerstörung von Natur und Umwelt nach Rückkehr zu einfachen Lebensformen zu rufen, die vorkapitalistische Zeit herbeizusehnen. Das einzig vorhandene Hindernis für einen durchgreifenden Umweltschutz ist die Profitwirtschaft. Sie muß fallen, sie muß durch die sozialistische Planwirtschaft ersetzt werden, wo sich niemand mehr den von der Gesellschaft erarbeiteten Reichtum privat aneignen kann.

Gegenwärtig gibt es vor allem, um die Schaffung und Einhaltung gesetzlicher Bestimmungen zu kämpfen, die den Umweltschutz nach dem Verursacherprinzip in Angriff nehmen. Wer den Giftmüll produziert, muß auch für seine Beseitigung verantwortlich sein und dafür aufkommen.

Daß die staatlichen Behörden darüber anders denken, brachte die jüngste Erklärung des hessischen Umweltministers Görlach zum Ausdruck. Er forderte von der Hoechst AG, sie solle bis spätestens Frühjahr 1980 ein Konzept zur Beseitigung der aktuellen Mainvergiftung vorlegen, bis zum Sommer soll das Konzept bis zur Planung herangereift sein und, wenn dann das Projekt überhaupt realisiert werden sollte, werden Jahre ins Lang gegangen sein, Jahre, in denen die Hoechst AG Tag für Tag Main und Rhein, aus dem Millionen von Menschen ihr Trinkwasser beziehen, mit krebserregenden Stoffen verseucht.

— Eine unvollständige Übersicht —

Die Giftspur der Hoechst AG in den letzten zehn Jahren

- 1969: Das Werk Frankfurt-Hoechst leitet täglich 40 bis 50 Kilogramm des Pflanzenschutzmittels Thiodan (später in Endosulfan umbenannt) in den Unterlauf des Main. Der gesamte Fischbestand des Rheins von Mainz bis zur Mündung fällt dem Hoechst-Gift zum Opfer. Bis nach Holland muß die Trinkwassergewinnung aus dem Rhein vorübergehend eingestellt werden. Aufgrund einer Anzeige wird gegen Hoechst ermittelt. Das Verfahren wird im März 1971 eingestellt. Angeblich läßt sich der Verursacher nicht ermitteln.

- 1970: Die chemischen Werke Albert, eine Tochtergesellschaft der Hoechst AG, leiten phenolhaltige Stoffe [krebserregend] in den Rhein. 5,8 Kilometer weiter entnimmt die Stadt Wiesbaden ihr Trinkwasser. Die Albert-Werke werden freigesprochen. Die Gutachter, die die Albert-Werke schwer belastet hatten, waren über Nacht umgefallen.

- 1972: Bei den Umweltbehörden von Mannheim bis Wetzlar — 140 Kilometer Luftlinie — wird starke Geruchsbelästigung gemeldet. Urheber soll eine Chemiefabrik im Rhein-Main-Gebiet sein. Eine süßlich riechende Gaswolke verpestet die Luft von Frankfurt bis zum Taunus. Als Verursacher wird ein durch die Gegend fahrender Tanklastzug angegeben.

- 1973: Auf Hanauer Müllkippen (Nähe Hoechst-Offenbach) wird hochtoxischer Müll entdeckt, Stoffe, die auch in der Hoechstproduktion abfallen. Umweltminister Best stürzt über die Affäre. Der Hoechst AG wird nichts nachgewiesen.

1969 trieben zehntausende von Fischen die Bäuche nach oben vom Mittelrhein via Köln und Düsseldorf nach Holland.

Die KPD/ML fordert: Durchgreifende Maßnahmen zur Verhinderung der weiteren Zerstörung unserer Umwelt durch Industrie und Staat!
(Aktionsprogramm der KPD/ML)

- 1975: Das hochexplosive Lösungsmittel Toluol ist aus dem Offenbacher Hoechst-Werk in den Main gelangt. Vor und hinter Offenbach wird der Main für die Schiffahrt vorübergehend gesperrt.

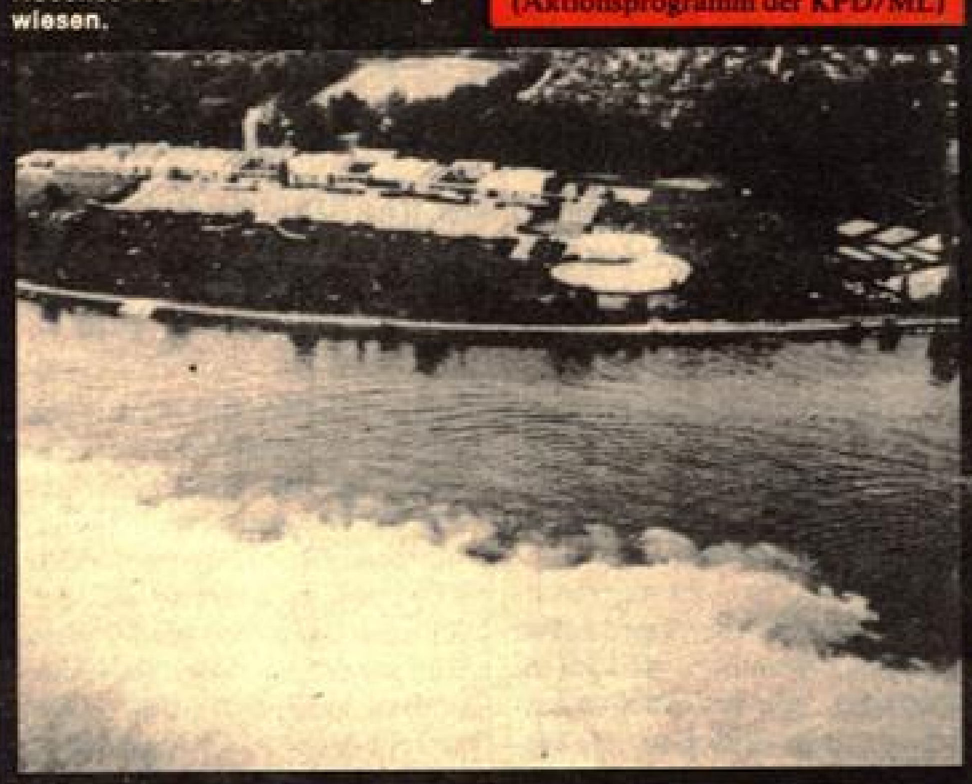
- 1976: Rund 1000 Autos, die in der Umgebung des Werkes in Frankfurt-Hoechst geparkt sind, werden von ihren Besitzern blau besprenkelt aufgefunden.

- 1977: Das Chemiewerk Kalle in Wiesbaden, eine Tochter der Hoechst AG wird angewiesen, den Giftgehalt einer von ihm hergestellten Margarineverpackung auf ein Hundertstel zu reduzieren.

- 1978: Regierungsstellen gestatten der Hoechst AG nebst zwei Tochtergesellschaften, bis zum Ablauf des Jahres 1999 täglich 864 Tonnen Chlorsalze in den Main zu leiten.

- 1979: Ende Juli setzt in dem Mainabschnitt in Höhe des Werkes in Frankfurt-Hoechst ein Fischsterben ein, das sich bis in den Rhein fortpflanzt.

Die Farbwerke Hoechst geben zu, Chemieabwässer direkt in den Main geleitet zu haben. Anfang Dezember werden hohe Konzentrationen von Chloroform, Benzol und Tetrachlorkohlenstoff registriert. Die Behörden können die Gefährdung der Trinkwasserqualität des Rheins nicht ausschließen.



Luftbild der Mainmündung. Verschiedene Farbschichten kennzeichnen den Grad der Wasserverseuchung.



„Ihr Kinderlein gehet" — so lautete eine der Plakataufschriften, mit denen Eltern und Kinder gegen die Schließung der Kindertagesstätte am katholischen Johannes-Hospital protestierten.

Katholisches Krankenhaus will Kita schließen

Mütter und Kinder gingen auf die Straße!

DORTMUND.— Am 18. Dezember zogen rund 150 Kinder, Eltern und Beschäftigte aus dem der katholischen Kirche unterstehenden Johannes-Hospital in einem Demonstrationszug durch die vorweihnachtliche Dortmunder Innenstadt. Ihre Forderung: Die Kindertagesstätte im Johannes-Hospital muß bleiben!

Das Direktorium des Krankenhauses will die Tagesstätte schließen. Hintergrund dieser empörenden Maßnahme, die vielen der im Krankenhaus tätigen Mütter vor schier unlösbare Schwierigkeiten stellt, ist das Kostendämpfungsgesetz sowie die Weigerung der Kirche, einen Teil der Unterhaltskosten zu übernehmen.

Bis vor einem Jahr wurde der Unterhalt über die Krankenversicherung finanziert. Das Kostendämpfungsgesetz bereitet dem nun ein Ende. Die Krankenhausleitung beschloß daraufhin die Schließung der Tagesstätte zum Jahresende. Die Eltern erreichten jedoch im Verlauf des Jahres 1979, daß das Land NRW und die Stadt Dortmund sich bereiterklärten, einen Großteil der Kosten zu übernehmen. Das Krankenhaus selbst müßte sich nur noch mit ca. einem Drittel der Kosten beteiligen.

Das Direktorium kündigte als Antwort am 15. November kaltschnäuzig den Erzieherinnen der Tagesstätte zum 31. Dezember, ohne vorher mit ihnen zu sprechen. Unter den Gekündigten waren auch zwei schwangere Frauen, die rechtlich überhaupt nicht gekündigt werden dürfen! Das Erzbistum in Paderborn rechtfertigt dieses ungeheuerliche Verhalten mit der Behauptung, man könne die Kosten für die Tagesstätte nicht verkraften.

Die Scheinheiligkeit und Verlogenheit der Kirche hat bei den Kollegen große Empörung hervorgerufen. In einem Flugblatt wiesen sie auf den Widerspruch zwischen der Schließung der Kindertagesstätte und der Hetze der Kirche gegen den Paragraphen 218 hin.

Im Johanneshospital unterschrieben von den 700 Beschäftigten über 500 eine Protesterklärung gegen die Schließung der Tagesstätte. Wer die Unterdrückungspraktiken in katholischen Krankenhäusern kennt, weiß, was das bedeutet. Auch die gelungene Demonstration ist ein großer Erfolg. Die Kolleginnen und Kollegen wollen nicht aufgeben. Sie wollen ihren Kampf, der auch von der ÖTV-Betriebsgruppe unterstützt wird, fortsetzen.

Zum Streikverbot gegen die RFFU

Ein provokatorischer Angriff auf die Gewerkschaftsbewegung!

Bei Androhung eines Ordnungsgeldes von 500000 Mark wird der RFFU untersagt, ihren geplanten vierstündigen Warnstreik an den Rundfunk- und Fernsehanstalten durchzuführen. Diesen Spruch fällte das Landesarbeitsgericht in München auf Antrag der Intendanten von sechs ARD-Anstalten und des ZDF.

Das Landesarbeitsgericht revidierte also die Entscheidung des Arbeitsgerichts München, das in erster Instanz dem Antrag der Intendanten nicht stattgegeben hatte. Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik ist jetzt ein von einer DGB-Gewerkschaft angesetzter Streik per Gerichtsbeschluß verboten worden. Ein skandalöser Angriff auf die Rechte des arbeitenden Volkes!

Zugleich aber ein Ereignis, das typisch ist für die Verschärfung des Klassenkampfes und für den zunehmenden Abbau demokratischer Rechte in der BRD und in Westberlin.

Das Landesarbeitsgericht begründete die einstweilige Verfügung gegen die RFFU damit, daß der geplante Warnstreik rechtswidrig sei. Er verstoße gegen den Artikel 9 (Absatz 3) des Grundgesetzes. Nach diesem Grundgesetzartikel dürfen Streiks nur „zur Wahrung und Förderung von Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen" geführt werden. Diesen Charakter spricht das Gericht dem geplanten Warnstreik der RFFU ab. Der Streik wurde verboten, weil er vom Gericht als politischer Streik gewertet wurde.

Neben dieser Hauptbegründung verwies das Gericht zusätzlich noch auf Artikel 5 des Grundgesetzes, der das Recht auf freie Meinungsäußerung garantiert.

Was diesen Punkt betrifft, so hat das Gericht eine wahrlich bemerkenswerte Auffassung vom Inhalt dieses Grundrechtes. Die Zerschlagung des Norddeutschen Rundfunks als Dreiländeranstalt, gegen die der Warnstreik sich richten sollte, zielt bekanntlich darauf ab, das gegenwärtig bestehende öffentlich-rechtliche Rundfunksystem durch einen Privatfunk bzw. ein Privatfernsehen zu ersetzen. Damit würden diese Medien direkt unter die Knute der Finanz- und Industriemagnaten gestellt. Sie würden sozusagen zu Stimmbändern der Monopole werden. Was das bedeutet, kann sich jeder ausmalen!

Hier droht die totale Gleichschaltung jener Informations- und Unterhaltungsmedien, deren Masseneinfluß alle anderen Medien weit in den Schatten stellt. Hier sind tatsächlich nicht nur Arbeitsplätze in Gefahr, sondern hier geht es um weit mehr. Hier geht es letztlich um einen weiteren Schritt, den die Reaktion zur Beseitigung von dem tun will, was von der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie hierzulande noch übrig ist.

Die Frage steht so: Sollen wir tatenlos zusehen, wie die Reaktion das Feld für die Errichtung einer neuen faschistischen Diktatur in der Bundesrepublik und Westberlin bestellt, oder sollen wir uns an die Losung halten: „Wehret den Anfängen"?!

Jawohl, der geplante Rundfunkstreik hatte politischen Charakter, wenngleich es auch nur ein Warn- bzw. Demonstrationsstreik sein sollte. Dies zu leugnen oder darum herumzureden, wie es die DGB-Führer tun, heißt nichts anderes, als indirekt das Verbot politischer Streiks zu akzeptieren und damit ein Knebelgesetz anzuerkennen, das — wie sich jetzt in aller Schärfe zeigt — die Arbeiterklasse in Ketten legen und zur Kapitulation vor der politischen Reaktion zwingen soll. Eine solche Haltung ist Verrat an den Grundinteressen der Arbeiterklasse und des schaffenden Volkes. Mit einer solchen Politik bahnt man, genau wie vor 1933, dem Faschismus den Weg!

Bei der Einschätzung des Verbotes, mit dem das Münchner Arbeitsgericht der RFFU den Warnstreik untersagte, darf aber nicht verkannt werden, daß es sich hier keineswegs einfach um eine Anwendung von Artikel 9 des Grundgesetzes handelt. Zwar ist im Grundgesetz die Einschränkung des Streikrechts auf den Rahmen des Lohnkampfes bereits angedeutet. Aber das Gericht hat hier einen reaktionären Präzedenzfall geschaffen.

Man muß dieses Streikverbot als eine gezielte Provokation gegen die Gewerkschaftsbewegung verstehen. Bei diesem Gerichtsentscheid handelt es sich um eine ausgesprochen gewerkschaftsfeindliche und aggressiv-antidemokratische Anwendung des Grundgesetzes. Ein Funktionär der IG Metall meinte zu dem Richterspruch treffend: „Da braut sich etwas gegen die Arbeiterbewegung zusammen."

In der Tat! Nach dem Muster dieser Rechtsprechung hätte zum Beispiel auch 1956 der Streik der Metallarbeiter in Schleswig-Holstein verboten werden können, durch den damals die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall (die durch ein Gesetz des Bundestages eingeführt wurde) durchgesetzt werden konnte. Auch Streiks wie der Stahlarbeiterstreik vor einem Jahr, der für die 35-Stunden-Woche geführt wurde, können durch eine derartige Interpretation des Grundgesetzes in die Grauzone der Illegalisierung gedrängt werden. Der Gerichtsentscheid von München zielt darauf ab, unser ohnehin bereits verstümmeltes Streikrecht auf schwerwiegende Weise noch mehr zu beschneiden.

Angesichts der in den kommenden Jahren zu erwartenden verschärften Angriffe der Konzernherren und der Regierung auf die sozialen und politischen Grundinteressen des arbeitenden Volkes,ist es völlig unzureichend, auf dieses Streikverbot nur mit verbalen Protesten und mit juristischen Schritten zu reagieren. Dieser Angriff auf das Streikrecht muß schärfstens zurückgewiesen und mit wirkungsvollen gewerkschaftlichen Aktionen und Kampfmitteln beantwortet werden. Die Losungen dabei müssen lauten:

Für ein uneingeschränktes Streikrecht! Weg mit dem Verbot politischer Streiks!

Empörung und Bestürzung über Streikverbot

„Das ist doch Klassenjustiz!"

Rundfunkbeschäftigte jedoch nach wie vor kampfbereit

Als kurz vor dem Beginn des geplanten Warnstreiks an den Rundfunkanstalten der skandalöse Urteilsspruch des Landesarbeitsgerichts in München bekannt wurde, reagierten die Kollegen der RFFU mit Zorn und Empörung,aber auch mit Betroffenheit.

Auf Streik- bzw. Protestversammlungen der RFFU in Hamburg, Hannover, Köln, Mainz, Baden-Baden und München hörte man an diesem vorweihnachtlichen Abend des 19. Dezember oft das Wort „Klassenjustiz". Viele Kollegen waren schockiert von dem Spruch des Landesarbeitsgerichts, gegen den kein Rechtsmittel mehr möglich war. Vielen kam es jetzt zum ersten Mal mit aller Schärfe zum Bewußtsein, daß nicht einmal elementarste demokratische Rechte, wie das Streikrecht, in diesem Staat gesichert sind.

Empörung herrschte auch über das Verhalten der Intendanten. Schon seit Wochen hatten sie mit Einschüchterungsmaßnahmen versucht, die Kampfbereitschaft der RFFU-Kollegen zu schwächen und die Urabstimmung zu beeinflussen. Sie sind es, die durch ihren Gang zu den Arbeitsgerichten das Verbot des Streiks herbeigeführt haben. Nach dem Motto „Doppelt genäht hält besser", haben sie sogar zusätzlich beim Bundesverfassungsgericht einen Antrag auf Verbot des Streiks gestellt (den sie übrigens sofort nach dem Urteilsspruch des Landesarbeitsgerichts in München wieder zurückzogen). Was sie sich am Tag des geplanten Warnstreiks dann leisteten, ist offene Unterdrückung des Rechts auf freie gewerkschaftliche Betätigung.

In Köln ließ der Intendant des Westdeutschen Rundfunks (WDR), Freiherr von Sell, die Beschäftigten zum Teil aus der Sendeanstalt aussperren, während gleichzeitig ein anderer Teil in den Studios eingesperrt wurde. Serienweise hatte der saubere Freiherr die Türschlösser auswechseln lassen. Studiofenster waren zugehängt worden.

In München sperrte der CSU-Intendant Vöth die Beschäftigten des Bayerischen Rundfunks zum größten Teil aus. Nur ein ausgesuchter Kreis von Rundfunkbeschäftigten durfte, mit brandneuen Sonderausweisen ausgestattet, die Sendeanstalt betreten.

Die Herren Intendanten, die angeblich mit dem Protest der Beschäftigten gegen den Angriff auf das öffentlich-rechtliche Rundfunksystem sympathisieren, zeigten ihre wahre Haltung. Für den Fall, daß die Richter ihrem Antrag auf Verbot des Streiks nicht stattgeben würden, hatten sie Streikbruchmaßnahmen vorbereitet, um die Ausstrahlung von Hörfunk- und Fernsehprogrammen auf jeden Fall zu erzwingen.

Freiherr von Sell hatte einen Übertragungswagen von der privaten holländischen Fernsehanstalt „Radio Hilversum" engagiert, der auf dem WDR-Studiogelände in Köln-Bocklemünd stand und an Richtfunkstrecken der Post angeschlossen war. Von hier aus sollte im Ernstfall die Tagesschau und ein deutschsprachiges Programm von Radio Hilversum gesendet werden.

Die RFFU wird jetzt beim Münchener Arbeitsgericht ein Hauptsachverfahren anstrengen, um eine Entscheidung über die Rechtmäßigkeit des Demonstrationsstreiks herbeizuführen. Gleichzeitig aber gilt es, den Kampf unabhängig von der Justiz und von Richtersprüchen weiterzuführen. Wie die Erfahrung lehrt, ist es nicht die bürgerliche Justiz, die der Reaktion und den Feinden der Demokratie den Weg verlegt.

Dies kann einzig und allein durch einen revolutionär geführten Kampf des arbeitenden Volkes geschehen.

Kann sich dieser Kampf auf die Bahnen jener „Legalität" beschränken, die uns die Herrschenden mit ihren Gesetzen diktieren wollen? Nein. Schon die Tatsache, daß die Herren Rundfunkintendanten sich auch bei einem anderslautenden Richterspruch einen Dreck um das Streikrecht geschert hätten, zeigt, wie naiv eine solche Haltung wäre.

Viele RFFU-Kollegen spürten dies. So waren viele darüber erstaunt und verärgert, daß ihre Organisation so große Eilfertigkeit und Beflissenheit an den Tag gelegt hat, um nach dem Münchner Urteilsspruch die Streiklokomotive in letzter Minute noch zu stoppen.

DGB-Vorstand geht gegen DGB-Jugendmagazin vor

'ran-Redakteure fristlos entlassen!

Karikatur als Vorwand für neuen Schlag gegen Jugendfunktionäre

DÜSSELDORF.— Wieder hat der DGB-Bundesvorstand im Bereich Jugendarbeit der DGB-Zentrale rücksichtslos den Maßregelungsknüppel aus dem Sack gezogen. Die beiden Redaktionsmitglieder des DGB-Jugendmagazins „'ran“, Ingolf Zera und Günter Isemeier, wurden fristlos entlassen.

Vorwand für die fristlose Entlassung ist eine Karikatur in der Dezember-Nummer des Jugendmagazins, die angeblich eine „Religionsbeschimpfung“ darstellt. Bis zum Zeitpunkt des Maßregelungsbeschlusses war jedoch aus den Reihen der *'ran*-Leser keine einzige derartige Kritik oder Beschwerde bei der Redaktion eingegangen. Offensichtlich liegen die Dinge so, daß besagte Karikatur für die offen reaktionären Kreise in der DGB-Führung nur den willkommenen Anlaß boten, um wieder einmal einen Schlag gegen mißliebige Funktionäre im Bereich der Jugendarbeit des DGB zu führen.

Wie die Tageszeitung *Frankfurter Rundschau* berichtet, *„sollen dabei die personellen Konsequenzen für die betroffenen „'ran“-Redakteure vor allem auf Druck mehrerer Vorsitzender von Einzelgewerkschaften zustande gekommen sein. Die förmliche Entschuldigung der Redakteure, die bis dahin keine Beschwerde seitens der jugendlichen Leser-Zielgruppe erhalten hatten, vermochte die Kündigung nicht aufzuhalten“* (*Frankfurter Rundschau* vom 18. Dezember 1979, Seite 1).

Aus Solidarität mit den gemaßregelten Kollegen haben die beiden anderen Mitarbeiter der *'ran*-Redaktion ihrerseits gekündigt. Wie es in der *Frankfurter Rundschau* heißt, war die DGB-Spitze von dieser für sie unerwarteten Reaktion „peinlich berührt“.

Gleichzeitig mit der fristlosen Entlassung der beiden Redaktionsmitglieder hat der DGB-Bundesvorstand auch den *'ran*-Chefredakteur Dieter Schmidt, dem seit dem Frühjahr 1979 zusätzlich noch die Chefredaktion der DGB-Wochenzeitung *Welt der Arbeit* übertragen worden war, von seiner Aufgabe bei 'ran suspendiert“. Damit hat das Jugendmagazin auf einen Schlag die gesamte Redaktion verloren.

Das Vorgehen der DGB-Führung gegen die *'ran*-Redaktion ist ein Skandal, der von keinem fortschrittlichen Gewerkschafter hingenommen werden kann. Dieses Vorgehen erinnert fatal an die Berufsverbotspraktiken im öffentlichen Dienst oder an die politische Unterdrückung in der Privatwirtschaft. Mit Entlassungsterror versuchen Vetter und Konsorten, den Funktionärskörper im Jugendbereich des DGB zu disziplinieren, ihn auf stramm sozialpartnerschaftliche und antikommunistische Positionen zu zwingen.

Der Bundesvorstand der Deutschen Journalisten-Union (DJU) in der IG Druck und Papier hat das Vorgehen des DGB-Bundesvorstands verurteilt. Die IG Druck und Papier will den gemaßregelten *'ran*-Redakteuren Rechtsschutz gewähren. Die Rote Garde (Jugendorganisation der KPD/ML) hat ein Flugblatt für die DGB-Jugend herausgebracht, das zum Widerstand und zur Solidarität gegen die Unterdrückungsmaßnahmen der reaktionären DGB-Bonzen aufruft. Die Redaktion des Jugendmagazins der Roten Garde *Roter Rebell* sandte an die *'ran*-Redakteure ein Solidaritätsschreiben.

Mit Maßregelungen für die Einheitsgewerkschaft?

Die Angst der Bonzen vor der Arbeiterjugend

Die Pressestelle des DGB gab als Begründung für die Maßregelung der beiden *'ran*-Redakteure an, die beanstandete Karikatur stelle eine *„so schwere Verletzung der religiösen Gefühle der im DGB organisierten Arbeitnehmer dar, daß die zuständigen DGB-Beschlußorgane eine schwerwiegende Beeinträchtigung des Prinzips der Einheitsgewerkschaft feststellen mußten“*. Deshalb seien „personelle Konsequenzen“ unumgänglich gewesen.

Also ist nach dem Erscheinen der Dezember-Ausgabe des Jugendmagazins eine Flut von empörten Leserreaktionen über die *'ran*-Redaktion hereingebrochen? Wer die Stellungnahme der Pressestelle liest, könnte es meinen. Aber mitnichten!

Bis zu dem Zeitpunkt, da der DGB-Bundesvorstand seine drakonische Strafmaßnahme über die Redakteure des Jugendmagazins verhängte, war kein einziger Leserbrief oder Anruf in dieser Richtung eingegangen. Bei jenen „im DGB organisierten Arbeitnehmern“, die mit Beschwerden vorstellig geworden waren, handelte es sich einzig und allein um Spitzenfunktionäre des DGB bzw. seiner Einzelgewerkschaften.

Und diese „Kollegen“ waren offensichtlich so tief in ihren religiösen Gefühlen verletzt, daß sie sich mit ihrem Protest nicht etwa an die *'ran*-Redaktion wandten, sondern gleich an den DGB-Vorstand. So die zweite Bundesvorsitzende des DGB, Maria Weber, Mitglied der CDU. Sie wandte sich in einem Brief beschwerdeführend an den DGB-Bundesvorstand.

Wen will der DGB-Bundesvorstand mit seinem Theater eigentlich für dumm verkaufen? Man kann doch keinem Gewerkschafter weismachen, daß die läppische Karikatur der entscheidende Grund für die Maßregelung von zwei Redakteuren und die Suspendierung des Chefredakteurs von *'ran* gewesen ist! Daß hier ein Vorwand an den Haaren herbeigezogen wurde, kann selbst dem sprichwörtlich „Blinden mit dem Krückstock“ nicht verborgen bleiben!

Es gibt nur eine vernünftige Erklärung für die Maßregelungen: Die DGB-Führung ist dabei, mit allen Mitteln fortschrittliche und klassenkämpferische Kräfte im Bereich Jugendarbeit des DGB niederzubügeln. Die Bonzen glauben wohl, sie könnten auf diese Tour verhindern, daß die DGB-Jugend, durch Jugendarbeitslosigkeit und verschärfte Ausbeutung, durch die Verschärfung der Krise des Kapitalismus aufgerüttelt, sich auf den Standpunkt des revolutionären Klassenkampfes stellt.

Bereits seit mehr als einem Jahr betreiben offen reaktionäre Kreise in den Vorständen verschiedener Einzelgewerkschaften des DGB (zum Beispiel in der Führung der IG Bergbau und Energie) sowie im DGB-Bundesvorstand unter dem Schlagwort „Kommunistische Unterwanderung“ eine schmutzige Disziplinierungs- und Säuberungskampagne unter den DGB-Jugendfunktionären und den aktiven Junggewerkschaftern.

Nach dem Antikriegstags-Schock (DGB-Chef Vetter wurde in der Dortmunder Westfalenhalle von der versammelten Gewerkschaftsjugend ausgepfiffen) verschärften die DGB-Rechten diese Kampagne. Der Bundesjugendsekretär Hawreliuk wurde gefeuert. Die neuesten Opfer sind jetzt die beiden *'ran*-Redakteure.

Diese reaktionäre Kampagne ist vordergründig gegen die DKP bzw. gegen ihre Jugendorganisation SDAJ gerichtet. In Wahrheit sollen aber alle Kräfte getroffen werden, die nicht scharf und militant genug gegen oppositionelle und revolutionäre Bestrebungen in der Gewerkschaftsjugend vorgehen. Unter dem verlogenen Vorwand der „Verteidigung der Einheitsgewerkschaft“ wird hier eine üble Spalterpolitik betrieben, wobei das Ziel darin besteht, jede Aktivierung und Politisierung der DGB-Jugend zu verhindern.

Die DGB-Bonzen wissen nur zu genau, daß gerade die Arbeiterjugend, wenn sie gewerkschaftlich und politisch erst einmal aktiv wird, sehr schnell den Reformismus und die Politik der Klassenzusammenarbeit als Verrat an der Sache der Arbeiter durchschaut und sich dem revolutionären Klassenkampf, dem Marxismus zuwendet. Davor haben sie große Angst.

Wenn die DGB-Führung die brutale Maßregelung der beiden *'ran*-Redakteure als Maßnahme zur Verteidigung der Einheitsgewerkschaft ausgibt, so ist dies ein nackter Hohn! Dem wirklich an der Einheitsgewerkschaft gelegen ist, also an der Einheit der sozialdemokratischen, christlichen, parteilosen und kommunistischen Kollegen, der muß gegen das Vorgehen der DGB-Führung Stellung nehmen, muß diese Methoden der Zensur und der politischen Maßregelung scharf verurteilen. Die schlimmsten Feinde und Zerstörer der Einheitsgewerkschaft sitzen in den Spitzengremien des DGB-Apparates!



Diese Karikatur diente der DGB-Führung als Vorwand für die Entlassung der beiden 'ran-Redakteure. Angeblich würde diese Karikatur eine „Religionsbeschimpfung“ darstellen. Offensichtlich war sie aber wohl für die DGB-Führung der willkommene Anlaß, einen erneuten Schlag gegen mißliebige Funktionäre im Bereich der Jugendarbeit des DGB durchzuführen.

Über die Hintergründe der Auseinandersetzungen im DGB-Jugendbereich

Schwabs Feldzug gegen die „kommunistische Unterwanderung“

Die Verschärfung der kapitalistischen Krise und der neue Aufschwung, den die Arbeiterbewegung in den letzten Jahren zu nehmen begann, veranlaßten einflußreiche reaktionäre Kreise außerhalb des DGB, aber auch innerhalb der DGB-Führung dazu, eine Kampagne gegen die sogenannte „kommunistische Unterwanderung“ des DGB zu inszenieren.

Vordergründig richtet sich diese Kampagne gegen die moskauorientierte revisionistische DKP und ihre Jugendorganisation SDAJ (Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend). Im Kern sollen jedoch alle Kräfte getroffen werden, die bei der sozialpartnerschaftlichen Politik der DGB-Führung und bei ihrem Paktieren mit der politischen Reaktion nicht mitziehen wollen. Es soll verhindert werden, daß klassenkämpferische und revolutionäre und vor allem natürlich auch marxistisch-leninistische Gewerkschafter stärkeren Einfluß im DGB gewinnen.

Direkten Anstoß für den Feldzug gegen die „kommunistische Unterwanderung des DGB“ gab die letzte Bundesjugendkonferenz des DGB im Dezember 1977. Auf dieser Konferenz machte sich unter den Delegierten ein relativ starker Einfluß der SDAJ geltend. Reaktionäre verschiedener Färbung sowie rechte DGB-Bonzen stimmten ein Alarmgeschrei an.

Nun ist die SDAJ nicht etwa eine wirklich revolutionäre oder gar eine kommunistische Organisation. Die DGB-Bonzen stützen sich häufig gerade auf die Führer der DKP und der SDAJ, wenn es darum geht, Kämpfe der Arbeiter abzuwiegeln und gegen die klassenkämpferische und revolutionäre Opposition an der Basis vorzugehen. Auf der anderen Seite ist den Herrschenden und der DGB-Führung der Einfluß der Revisionisten aber nicht ganz geheuer.

In der SDAJ sind ja nicht nur eingefleischte Opportunisten und Karrieremacher organisiert, sondern auch Jugendliche mit einer antikapitalistischen und teilweise revolutionären Einstellung. So haben die DKP und die SDAJ auch eine Reihe von fortschrittlichen, wirtschaftlichen und politischen Forderungen der Arbeiterbewegung und der antifaschistisch-demokratischen Bewegung auf ihre Fahnen geschrieben. An einer Radikalisierung der Werktätigen haben sie ein gewisses, wenn auch begrenztes Interesse. Sie sehen darin ein Chance für die Verstärkung ihres eigenen Einflusses im politischen Leben und in den Gewerkschaften.

Einer der Scharfmacher beim „Kampf gegen die kommunistische Unterwanderung“ ist das für die Jugendarbeit zuständige DGB-Bundesvorstands-Mitglied Karl Schwab. Zu den offenen Scharfmachern gehören auch die Führungsspitzen einiger Einzelgewerkschaften des DGB, etwa der IG Bergbau und Energie oder der IG Chemie, Papier, Keramik.

Ende des Jahres 1978 entstand unter der Federführung des damaligen Leiters der DGB-Bundesjugendschule Hinrich Oetjen ein „Positionspapier zur Strategie von DKP/SDAJ in der Gewerkschaftsjugend“. Dieses Papier, das von rechten Positionen her den Standpunkt propagiert, der Einfluß der DKP bzw. der SDAJ müsse in der Jugendarbeit des DGB zurückgedrängt werden, wurde von allen offen reaktionären Kräften innerhalb und außerhalb des DGB benutzt, um die antikommunistische Hetze zu verschärfen.

Der damalige Bundesjugendsekretär Hawreliuk nahm jedoch gegen das „Oberurseler Papier“ Stellung. Nun ist Hawreliuk keineswegs ein DKP-Anhänger oder gar ein Sympathisant der Kommunisten. Schwab hatte ihn zum Bundesjugendsekretär gemacht, weil er von ihm erwartete, daß er den Einfluß der DKP und SDAJ bekämpfen würde.

Hawreliuk vertrat jedoch den Standpunkt, die Gewerkschaftsarbeit von DKP-Mitgliedern sei im Sinne der DGB-Führung nicht ohne Nutzen. Außerdem fürchtete er, daß eine Politik der Konfrontation gegenüber der DKP/SDAJ zu einer schärferen oppositionellen Haltung von DKP und SDAJ gegenüber der DGB-Führung führen könnte. Hawreliuk warnte: In diesem Fall könnten „äußerst problematische Koalitionen“ der DKP/SDAJ mit „K-Gruppen und Trotzkisten“ im DGB entstehen.

Schwab nutzte die Auseinandersetzung um das „Oberurseler Papier“ dafür aus, die Jugendarbeit stärker an die Kandare des DGB-Bundesvorstands zu nehmen. Er klammerte die Bundesjugendschule aus der Abteilung Jugend aus und unterstellte sie direkt sich selbst. Hawreliuk fiel bei Schwab wegen seiner „zu weichen Haltung“ gegenüber der DKP in Ungnade. Die Vorfälle um den Antikriegstag 1979 schwächten dann die Position des Bundesjugendsekretärs noch mehr.

Eine Broschüre, die die Jugendabteilung für den Antikriegstag erstellte, und zwar unter Mitwirkung von hohen und bekannten DGB-Funktionären wie Georg Benz und Jakob Moneta, die als „links“ gelten, wurde vom DGB-Bundesvorstand verboten. Offenbar stand zuviel über die Hintergründe der beiden Weltkriege und des Nazi-Faschismus drin. Als dann der DGB-Chef Vetter in der Westfalenhalle ausgepfiffen wurde wie nie zuvor, kostete das Hawreliuk den Kopf. Schwab feuerte ihn.

Kurz danach, im Oktober '79, setzte der Landesbezirksvorstand des DGB in Niedersachsen eine Konferenz des Landesjugendausschusses über „Perspektiven gewerkschaftlicher Jugendarbeit“ kurzerhand ab. Auf der Konferenz sollte auch Hawreliuk sprechen. 200 Jugendfunktionäre sollten an der Konferenz teilnehmen.

Die jüngsten Maßregelungen von Jugendfunktionären durch die DGB-Führung (in diesem Fall der beiden Redakteure des Jugendmagazins *'ran*), sind nur eine weitere Station bei der Säuberung und Disziplinierung des Funktionärskörpers in diesem Bereich durch die DGB-Führung. Vermutlich stehen diese Maßregelungen in direktem Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um die Funktionärszeitschrift für den DGB-Jugendbereich, *Solidarität*, die in letzter Zeit stattgefunden haben. In der DGB-Führung gibt es Bestrebungen, diese Zeitschrift unter dem Vorwand von Finanzierungsschwierigkeiten einzustellen.

Solidarität ist die einzige Zeitschrift des DGB, in der wenigstens in Ansätzen eine Diskussion über die Probleme und Streitfragen im Hinblick auf die Ziele und Formen der Arbeit im Bereich der DGB-Jugend geführt worden ist. Hängt die Entlassung der *'ran*-Redakteure damit zusammen, daß sie gegen die Zusammenlegung der *Solidarität* mit *'ran* aufgetreten sind? Die Zusammenlegung würde praktisch darauf hinauslaufen, die *Solidarität* zu liquidieren.

Eines steht jedenfalls fest: Schwab und Konsorten versuchen mit allen Mitteln, einen scharfen antikommunistischen Kurs im Bereich der Jugendarbeit des DGB durchzusetzen. Gleichzeitig wollen sie jede Diskussion unter den Funktionären des Jugendbereichs und in der DGB-Jugend über Methoden und Ziele der Jugendarbeit abwürgen.

Demnächst Verhandlung gegen sechs „Bild“-Mitarbeiter

Justiz rehabilitiert BILD-Methoden

Ein Lehrstück über bürgerliche Klassenjustiz

FRANKFURT.— Günter Wallraff hat den Fall in seinem neuen Buch beschrieben, einen Fall, in dessen Verlauf Mitarbeiter der Frankfurter *BILD*-Redaktion zu Einbrechern und Dieben wurden, einen Fall, in dessen Verlauf *BILD*-Redakteure zu Verleumdern, Lügnern und Ehrabschneidern wurden. Doch die Justiz, die sich des Falles annahm, der unter dem reißerischen, von *BILD* erfundenen Motto *„Der Vampir von Sachsenhausen“* in die Zeitungsgeschichte einging, geht ihre eigenen höchst bemerkenswerten Wege. Noch bevor die Hauptverhandlung wegen schweren Diebstahls eröffnet ist, sind die *BILD*-Macher bereits aus dem Gröbsten raus.



BILD-Frankfurt

Die Statt

Freundin des „Vampirs“: Blumen schenkte er Blut

Die „Alchimistenküche“: Flaschen mit Chemikalien

Psychologen: Das war noch nie da

„Er sah aus wie Rasputin“

Am 2. Januar 1978 brachen *BILD*-Mitarbeiter in die Wohnung des Michael K. ein und ließen verschiedene Fotografien mitgehen. Michael K. war zu dieser Zeit in Untersuchungshaft wegen Verdacht auf Verstoß gegen das Betäubungsmittelgesetz. Der Haftbefehl wurde übrigens später aufgehoben, weil der Verdacht „Rauschgiftmißbrauch“ nicht haltbar war.

Zur Zeit seiner Verhaftung bewahrte Michael K. in einem Fläschchen 200 Milliliter mit Natriumcitrat haltbar gemachtes eigenes Blut auf. Das wurde im Polizeibericht unter dem Begriff „Gruselkabinett“ vermerkt. *BILD* hatte Kenntnis von dem Polizeibericht (!) und schlug zu.

„BILD“ hat Blut geleckt

Am 3. Januar lautete der *BILD*-Aufmacher: *„Deutscher Schüler trank Mädchenblut!“* In den folgenden Nummern wurde Michael K. zitiert, der in seinem ganzen Leben nie einen *BILD*-Reporter zu Gesicht bekommen hatte. *„Ich habe manchmal auch reines Menschenblut getrunken, weil ich gelesen hatte, daß man dann groß und stark wird.“* *BILD* schiebt nach, daß Michael K. 1,60 Meter klein sei. In Wirklichkeit ist er 1,83 Meter. Weiter: *„Als ich noch Metzgerlehrling war, habe ich immer Ochsenblut getrunken“* (Michael K. war niemals Metzgerlehrling).

Ein Psychologe, den es nicht gibt

Später kommt „der Berliner Psychologe Konrad Spral (54)“ per Telefoninterview zu Wort, der sich in aller Breite über Sadismus, Lustempfinden und die enthemmende Wirkung von Blut ausläßt und der ganzen Sache sozusagen den wissenschaftlichen Anstrich gibt. Tatsächlich existiert dieser Psychologe weder in Berlin noch anderswo.

Der „Vampir“ war ein Linker

Noch ein paar Ausgaben später ist es dann soweit. Michael K. ist ein Linker. *BILD* macht eine Fotomontage mit Schah und Carter aus, berichtet von einem Foto des erschossenen Hanns-Martin Schleyer, überschrieben mit dem Spruch: „Gehirnwäsche tut not!“ Auch das ist erstunken und erlogen.

Als gegen Michael K. wegen des Verdachts auf Verstoß gegen das Betäubungsmittelgesetz verhandelt wurde, stellte der Frankfurter Richter Claus Ullrich klipp und klar fest, daß *Bild* in erheblichem Maße der Menschenwürde und dem Persönlichkeitsrecht Michael K.'s Schaden zugefügt hat.

Die Macht der Pressezaren

Ermittlungen gegen *BILD* kamen zustande, fast eine Sensation, denn in den meisten Fällen bleibt *BILD* regelmäßig unbehelligt.

Staatsanwalt Harald Körner leitete die Ermittlungen. Was dann passierte, ist ein Lehrstück über bürgerliche Klassenjustiz.

Im Oktober 1979 wurde Körner abgelöst. Offensichtlich wollte er im Dienste der Wahrheitsfindung ermitteln. Neun Dienstaufsichtsbeschwerden von *BILD*-Anwälten lagen vor. Selbst in Frankfurter Justizkreisen vermutet man, die Staatsanwaltschaft sei vor dem Springer-Imperium zurückgewichen.

Wie die Staatsanwaltschaft weiter mitteilte, sei im Vorverfahren eine Panne passiert, so daß etwaige „Beleidigungsdelikte“ längst verjährt sind.

Der Körner'sche Entwurf zur Anklageschrift wurde „wegen technischer Mängel“ zurückgezogen. Ermittelte Staatsanwalt Körner anfangs gegen 17 *BILD*-Mitarbeiter, so wurde nach seinem Rücktritt gegen acht Verdächtige das Verfahren eingestellt. Das Verfahren gegen drei Verdächtige wurde abgetrennt, so daß demnächst die Verhandlung gegen sechs *BILD*-Leute eröffnet wird, wegen Diebstahl; **schon in diesem Verfahrensabschnitt sind die verbrecherischen Methoden von *BILD* vollständig rehabilitiert.** Schlimmstenfalls werden einige wegen Diebstahl verurteilt, von denen sich *BILD* dann offiziell distanzieren wird, zumindest dann, wenn die öffentliche Empörung groß ist.

Kurz bevor Staatsanwalt Körner aus dem Verfahren genommen wurde, hatte *BILD*-Justitiarin Frau Damm in einem Brief an die Staatsanwaltschaft den Startschuß gegeben: *„Ich vermag mich des Eindrucks nicht erwehren, als ob Sie versuchen, eine Fülle von Ermittlungsverfahren gegen die „BILD“-Zeitung bei Ihnen zu einem Verfahren zusammenzufassen, um ein Ergebnis zu erzielen: Ein „BILD“-Strafverfahren nach den Wunschvorstellungen von Günter Wallraff.“*



Polizist beim Handgranatenwurf.

Neues Polizeigesetz in NRW

Handgranaten in Polizistenhände?

Weiterer Abbau demokratischer Rechte

DÜSSELDORF.— Der nordrhein-westfälische Innenminister und frischgebackene FDP-Landesvorsitzende Burkhard Hirsch bastelt an einem neuen Polizeigesetz. Dies ist nötig geworden, nachdem sich die Innenminister der Länder auf eine Vereinheitlichung der verschiedenen Ländergesetze verständigt hatten.

Am meisten umstritten ist — ähnlich wie in Niedersachsen vor drei Monaten — die Ausrüstung der Polizei mit schweren Waffen, Maschinengewehren und Handgranaten.

Entgegen einem weitverbreiteten Irrtum geht es Hirsch und Möcklinghoff (niedersächsischer Innenminister, CDU) keineswegs um die **Neueinführung** schwerer Waffen für die Polizei. Denn seit Bestehen der westdeutschen Polizei lagert in deren Arsenalen paramilitärisches Gerät, und es gibt kein Gesetz, das es den Innenministern verbietet, diese Waffen auch zum Einsatz zu bringen.

Den Polizeistrategen in den Ministerien geht es darum, den Einsatz schwerer Waffen ausdrücklich gesetzlich zu billigen. Dadurch schaffen sie die Möglichkeit, etwaigen Bürgerkriegseinsätzen der Polizeitruppen einen „rechtsstaatlichen“ Anstrich zu geben.

Für Burkhard Hirsch ist die Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit nur durch Kriegswaffen in Polizeihand voll gewährleistet.

Die Pläne des Innenministeriums in Düsseldorf zeigen anschaulich, was die Kapitalisten und ihr Staat für die achtziger Jahre erwarten.Sie sind sich völlig im klaren darüber, daß es mit der relativen Ruhe an der Heimatfront längst vorbei ist. Die Streiks der Metaller in Baden-Württemberg, der Drucker im Bundesgebiet und Westberlin und der Kampf der Stahlarbeiter gegen den Aussperrungsterror und für eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich haben die Kampfkraft der Arbeiterklasse deutlich demonstriert. Die Kämpfe werden sich bei steigender Inflation und Arbeitslosigkeit, bei steigender Rationalisierung und Arbeitshetze unweigerlich verschärfen.

Angesichts der wachsenden Proteste gegen die gesetzlichen Bestimmungen zum Gebrauch schwerer Waffen scheint Hirsch einen Kompromiß bereit zu haben. Er will der Polizei den Gebrauch von Maschinengewehren und Handgranaten „ersparen“ und in Situationen, in denen die Polizei nicht mehr Herr der Lage ist, den Bundesgrenzschutz anfordern.

Doch den um Wohlstand und Freiheit kämpfenden Volksmassen kann es egal sein, ob beim Sperrfeuer der MGs ein Bundesgrenzschützer oder ein Polizist den Finger am Abzug hat.

Die KPD/ML fordert ein generelles Verbot des Einsatzes von Bundeswehr und Bundesgrenzschutz gegen die Bevölkerung unseres Landes!

Paragraph 9 des erwähnten Gesetzentwurfes sieht vor, daß die Polizei zwecks Ausweiskontrolle überall eindringen darf, wo „erfahrungsgemäß anzunehmen ist, daß dort Personen Straftaten verabreden, vorbereiten oder verüben“.

Im Klartext: Jede Streikversammlung, jede antifaschistische Veranstaltung, jedes Büro fortschrittlicher Organisationen soll per Gesetz polizeilichen Willkürmaßnahmen ausgeliefert werden. Unter jedem nichtigen Vorwand wird der Polizei die Möglichkeit eröffnet, ohne richterlichen Befehl in Wohnungen einzudringen. Die im Grundgesetz garantierte Unversehrtheit der Person wird in polizeistaatlichen Maßnahmen erstickt.

Noch vor der Landtagswahl soll das Gesetz die parlamentarische Hürde im Landtag nehmen. Im Parlament wird es kaum auf Widerstand stoßen. Es ist die Pflicht aller Antifaschisten, den Kampf gegen das neue Polizeigesetz zu führen.

Millionenräuber erhalten Bewährung

Mit zweierlei Maß

Auf wiederholtem Ladendiebstahl steht Gefängnis

FRANKFURT.— Wegen Diebstahls von 2,4 Millionen Mark aus den Beständen der Bundesbank sind drei ehemalige Mitarbeiter dieses Geldinstituts von der 24. Strafkammer des Landgerichts Frankfurt zu Haftstrafen von 24 bzw. 21 Monaten verurteilt worden, allerdings auf Bewährung.

Die drei waren am Brennofen der Bundesbank tätig, in dem täglich Unsummen von aus dem Verkehr gezogenen Geldscheinen verbrannt werden. Mit mehr oder weniger genialen Tricks, die einem Fernsehkrimi alle Ehre machen würden, zweigten sie regelmäßig ganze Bündel Banknoten ab und waren gemachte Männer. Als sie Immobilien im Wert von über 2,4 Millionen Mark angeschafft hatten, flog die Sache auf.

Neben den Gefängnisstrafen auf Bewährung erhielten sie empfindliche Geldstrafen. Daß sie nach dem Urteil das Gerichtsgebäude als freie Männer verlassen konnten, erregte Unmut unter den Zuschauern.

Nun — man könnte zur Tagesordnung übergehen, wenn es nicht an der Tagesordnung wäre, daß zahlreiche einfache Menschen, meistens sehr junge oder schon ältere, hinter den Mauern westdeutscher Haftanstalten verschwänden, deren Vergehen vergleichsweise unbedeutend sind.

Das Mütterchen, das zum wiederholten Male in einem Kaufhaus ein Pfund Kaffee mitgehen läßt, muß genauso seine Haftstrafe absitzen, wie der Lehrling, der in Sachen Schwarzfahren Wiederholungstäter ist. Hier wird offensichtlich mit zweierlei Maß gemessen. Was sind die Millionendiebe für Menschen?

Einer von ihnen hatte ein Netto-Jahreseinkommen von knapp 50 000 Mark, der Ärmste unter ihnen brachte noch 30 000 Mark mit nach Hause (an regulären Einkünften, versteht sich). Außerdem bekleideten sie verschiedene öffentliche Ämter in ihren Heimatgemeinden. Einer zum Beispiel war Geschäftsführer der CDU-Fraktion in Niedernhausen und gehörte dem Personalrat der Bundesbank an.

Im Fall der Millionendiebe erkannte der Richter als mildernden Umstand an, daß alle drei „einer Verführungssituation ausgesetzt“ waren.

Ist das alte Mütterchen im Supermarkt etwa keiner Verführungssituation ausgesetzt, wenn es von der konsumfördernden Werbung zum Zugreifen animiert wird, zumal, wenn es über eine Monatsrente von knapp 500 Mark verfügt?

SAVAK und BND arbeiteten zusammen

Der *Rote Morgen* wies bereits mit mehreren Artikeln auf die Zusammenarbeit westdeutscher Geheimdienste mit ausländischen Agenten hin. Kürzlich hatte die ARD Gelegenheit, einen Mitarbeiter des ehemaligen SAVAK-Chefs in einem Teheraner Gefängnis zu interviewen.

Dabei kam die Rede auf zwei Entführungsfälle, die der SAVAK in Zusammenarbeit mit dem Bundesnachrichtendienst arrangiert hatte. Verschiedene patriotische Studenten, die in Westdeutschland Stellung gegen das faschistische Schah-Regime bezogen, wurden von SAVAK-Agenten betäubt und per Auto in den Iran transportiert, wo die Kerker der SAVAK auf sie warteten. Weiter bestätigte der Mitarbeiter des ehemaligen SAVAK-Chefs, daß SAVAK-Agenten auf Befehl des Schahs folterten und mordeten.

26. Januar 1980: Kongreß in Dortmund

Künstler und Schriftsteller gegen Reaktion und Faschismus

Am 26. Januar findet in Dortmund der Kongreß gegen Reaktion und Faschismus statt. Der Kongreß steht unter den Losungen:

- **Verbot aller faschistischen Organisationen**
- **Weg mit den Berufsverboten**
- **Wiedereinstellung aller bisher vom Berufsverbot Betroffenen**
- **Verbot der Aussperrung**
- **Weg mit dem Todesschußgesetz**

Der Kongreß wird von zahlreichen Künstlern und Schriftstellen unterstützt, sei es durch die bloße Unterzeichnung des Aufrufs, sei es durch Mitgestaltung des Programms. Zu denen, die am 26. Januar durch Rede- oder künstlerische Beiträge hervortreten werden, gehören die Schriftsteller Max von der Grün, Jürgen Roth und Wolfgang Bittner und die Musikgruppe „Schmetterlinge".



Die Schmetterlinge. *Die Polit-Rock-Gruppe aus Wien existiert seit 10 Jahren. In der Bundesrepublik und Westberlin wurde die Gruppe vor allem durch ihre Platten „Proletenpassion" und „Herbstreise" bekannt. Im Stahlarbeiterstreik 1978/1979 spielte sie für die streikenden und ausgesperrten Kollegen im Ruhrgebiet. Über sich und ihre Musik sagen die „Schmetterlinge": „Wir waren fertige Rock- und Folkmusiker, als wir begannen, fortschrittliche Musik zu machen [...] Diese Fähigkeiten wollten wir in den Dienst der fortschrittlichen Sache stellen."*





Wolfgang Bittner. *Geboren 1941 in dem damaligen Gleiwitz/Oberschlesien. Lebt als freier Schriftsteller in Göttingen. Von Bittner erschienen unter anderem: „Rechts-Sprüche — Texte zum Thema Justiz" (1975); „Erste Anzeichen einer Veränderung" Lyrik und Prosa (1976); „Probealarm". Politische Gedichte (1977); „Strafjustiz — ein bundesdeutsches Lesebuch" (Herausgeber) (1978); der Roman „Der Aufsteiger oder Ein Versuch zu leben" (1978) und „Alles in Ordnung". Satiren, (1979).*

Wolfgang Bittner: Todesschuß

(Aus: „Rechts-Sprüche")

Die Todesstrafe
ist abgeschafft
man kann nur noch
auf der Flucht
aus Versehen oder
auf Anordnung
eines Polizeieinsatzleiters
erschossen werden

Der Kongreß gegen Reaktion und Faschismus findet statt am Sonnabend, den 26. Januar 1980 in der Westfalenhalle IV in Dortmund, Einlaß ab 10 Uhr, Beginn um 11 Uhr. Eintritt 5,— DM.

Mit Rede- und künstlerischen Beiträgen wirken voraussichtlich mit: **Max von der Grün** • **„Schmetterlinge"**, Musikgruppe, Wien • **Werner Worschech**, Liedermacher, Bottrop • **„Kabarett K"** • **Jürgen Roth** • **Norbert Cobabus**, Deutsche Bibliothek Frankfurt • **Wolfgang Bittner** • **Hartmut Siemon**, Betriebsrat • **Dr. Wolfgang Schulz**, Schauspieler, Würzburg • **„Elbspeelers"** • **Hermann Treusch**, früherer Leiter des Theaters am Turm, Frankfurt • **„Eisler-Chor"**, Essen • **und andere.**

Am Sonntag, den 27. Januar 1980 ist ein Arbeitstreffen von Initiativen und Komitees gegen Reaktion und Faschismus geplant.

Anmeldungen und Bestellungen von Eintrittskarten, Plakaten und Aufrufen bei: Ulrich Leicht, Schäffleweg 4, 4600 Dortmund 14, Tel.: (0231) 23 08 49. Eintrittskarten sind nach Bezahlung per Scheck oder Überweisung auf das Konto Ulrich Leicht, Stadtsparkasse Dortmund-Scharnhorst-Ost (63), BLZ 440 501 99, Konto Nr. 632 093 217, Stichwort „Kongreß" und an den Vorverkaufsstellen der Westfalenhalle erhältlich. Wir bitten zur Unterstützung der Durchführung des Kongresses um Spenden auf dasselbe Konto, Stichwort: „Spende — Kongreß".

Schmetterlinge: Das Lied des Richters

(Aus: „Herbstreise")

Die Zeiten haben sich überpurzelt
Ich stand wie ein Felsen im Fluß,
Im Boden des Rechtsstaats verwurzelt,
weil einer ja fest bleiben muß.

Schon jung hab' ich Läuse vernichtet,
gestützt auf das harte Gesetz.
Ich habe schon damals gerichtet,
und richte auch hier und jetzt.

Deutschland, jetzt schlägts aber dreizehn,
sie sagen, sie trennen die Spreu jetzt vom Weizen.
Im Namen des Rechts und der Rechten.
Deutschland, sie wollen dich knechten,
kuschende Bürger, das ist's, was sie möchten
die ängstlich an allem vorbeisehn.

Ich sing noch die zackigen Chöre,
und habe die Zeit nicht verschlafen.
Die Meinhof war noch eine Göre,
da gabs schon Gewaltparagraphen.

Sie ducken sich und sie flüstern.
Und das war ja schließlich bezweckt.
Sie schweigen und blähen die Nüstern.
Jetzt haben sie wieder Respekt.
Deutschland,...

Der Verteidiger fällt aus der Rolle:
na, so wird er halt ausgeschlossen.
Und lockerer sitzt die Pistole.
Gesetzlich gedeckt wird geschossen.

Wir haben Berufsverbotslisten
und Radikalenerlässe gedruckt.
Das trifft nicht die paar Terroristen,
sondern jeden, der sich kratzt, wenns ihn juckt.

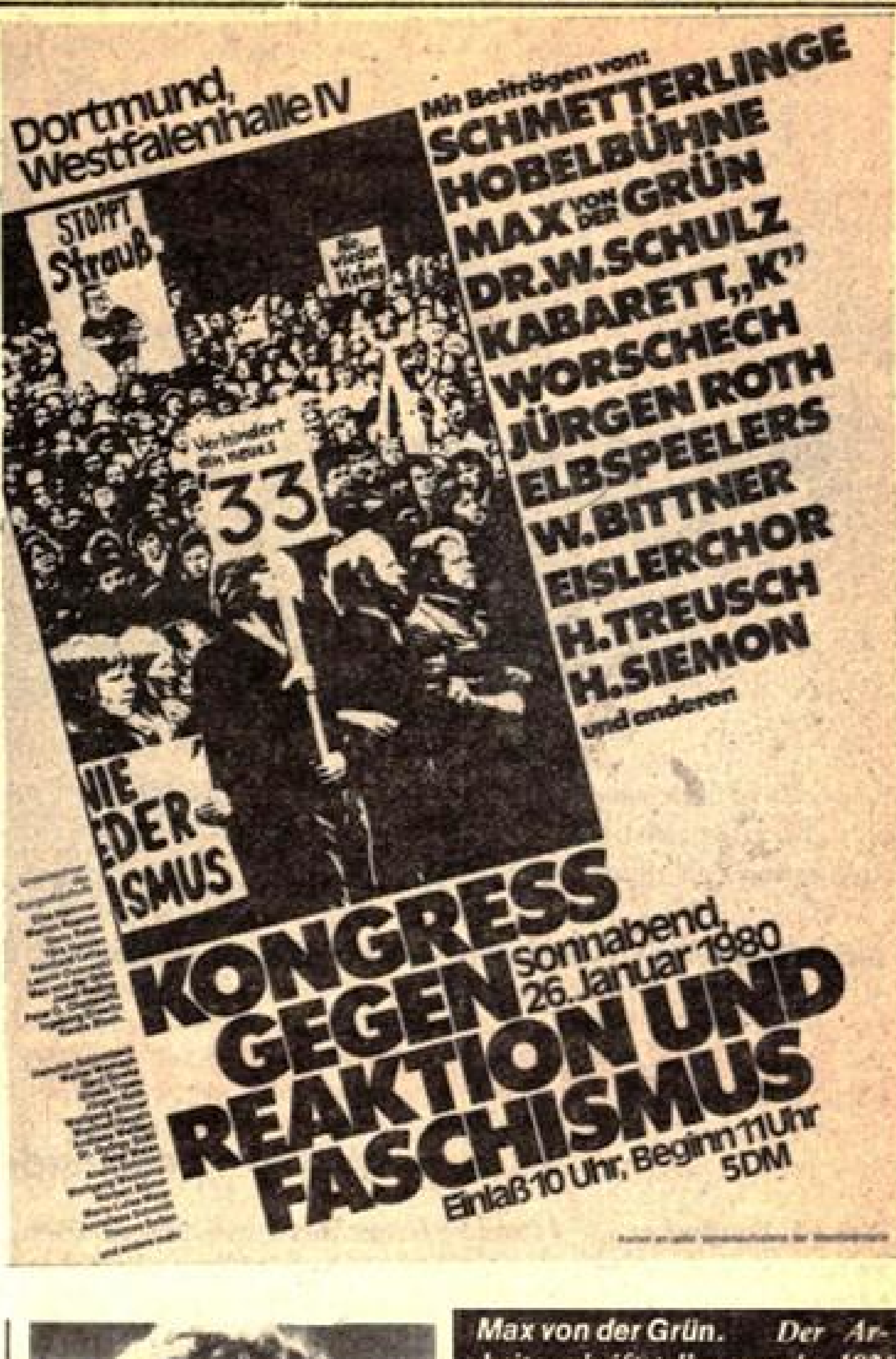
Deutschland....

Jürgen Roth: Sozialhilfe

(Aus: „Armut in der Bundesrepublik.)

In der Bedarfsgruppe Ernährung sind für einen Erwachsenen zum Beispiel für jeden dritten Tag ein Frühstücksei vorgesehen, 203 g Kartoffeln und 20 g Butter pro Tag, 170 g Nudeln und 150 g Reis im Monat und dazu eine Fleischration, die sich gerade zu 19 mal 100 g Portionen einteilen läßt. Will der Hilfeempfänger mit den zugestandenen 16 KWh Strom im Monat auskommen, dann würde das so aussehen: 20 Minuten täglich Licht, 30 Minuten täglich Radio, 11,3 Minuten täglich Fernsehen, 30 Minuten monatlich Bügeleisen, 1 Stunde täglich Kühlschrank und eine Maschine Wäsche mit 7,5 kg im Monat. Aber damit nicht genug. Im Sozialhilfebereich werden in allen bundesdeutschen Städten die Sozialhilfeleistungen radikal gekürzt. In Marburg kommen die „Rechnungsprüfer" zu den Sachbearbeitern der Sozialbehörden. Ihre einzige Aufgabe ist es, die Sachbearbeiter zu kontrollieren, damit sie den Antragstellern nicht zuviel zugestehen. Jede einzelne Akte wird genau kontrolliert. Derjenige Sachbearbeiter, der die Hilfesuchenden auf ihre Rechte aufmerksam macht, wird „von der Amtsleitung zusammengebrüllt". Da kursieren in anderen Städten Verfügungen und Dienstanweisungen, daß so wenig Leistungen wie irgendmöglich den Hilfesuchenden zuerkannt werden sollen. In Cham müssen Menschen, die Kleidungsbeihilfe wollen, zum Caritas-Kreisverband gehen.

Im Kleiderlager dürfen sie sich dann altmodische, abgetragene Bekleidungsstücke aussuchen. Die ihnen zustehende Kleiderbeihilfe bekommen sie nicht. In Bochum müssen sich die Frauen, die von ihren Männern verprügelt werden und sich von ihnen trennen wollen anhören: „Ja, muß das denn sein, sich scheiden lassen? Bedenken Sie überhaupt nicht, was dem Staat für Kosten daraus erwachsen?" Oder: „Ja, hören Sie mal. Das Kind können Sie zur Großmutter bringen. Jetzt gehen Sie mal endlich arbeiten." Anschnauzen der Hilfesuchenden, Verächtlichmachen und immer wieder Ablehnung der Rechtsansprüche prägen das Klima in den Amtsstuben der Sozialämter.





Max von der Grün. *Der Arbeiterschriftsteller wurde 1926 in Bayreuth geboren. Von 1951 bis 1964 arbeitete er als Bergmann unter Tage Nach dem Erscheinen seines Romans „Irrlicht und Feuer" verlor er seine Arbeit; seitdem lebt er als freier Schriftsteller. Er schrieb Romane — der bekannteste heißt „Stellenweise Glatteis" —, Erzählungen, Hör- und Fernsehspiele und ein Kinderbuch (Vorstadtkrokodile"). Mit dem Faschismus setzt sich Max von der Grün vor allem in den Romanen „Zwei Briefe an Pospischiel" und „Flächenbrand" und in dem Erinnerungs- und Dokumentarbuch „Wie war das eigentlich? Kindheit und Jugend im Dritten Reich" auseinander.*

Max von der Grün: Die Verhaftung des Vaters

(Aus: „Wie war das eigentlich? Kindheit und Jugend im Dritten Reich")

Am 1. Oktober war mein Vater verhaftet worden.

Zwei SS-Männer hatten ihm im Nachbarhaus gegenüber aufgelauert. Als er mit seinem Fahrrad nach Hause kam, traten die beiden Männer aus dem Schatten des Hauses und riefen ihm zu, er solle stehenbleiben, sonst würden sie schießen. Ich sah alles ganz genau. Ich stand gerade auf dem Heuboden unseres Nachbarn und sah zufällig aus der Luke.

Mein Vater war ganz ruhig. Er lehnte das Fahrrad an die Hauswand und sah den beiden SS-Männern entgegen. In diesem Augenblick bog ein Auto in unsere Straße ein, und zwei weitere Männer in schwarzen Ledermänteln stiegen aus. Einer der beiden schraubte die Lenkstange vom Fahrrad meines Vaters ab, zog Zeitschriften aus dem Rahmenbau und hielt sie meinem Vater triumphierend lächelnd entgegen. Darauf wurde mein Vater auf den Rücksitz des Autos gestoßen, die beiden SS-Männer, die ihm aufgelauert hatten, setzten sich rechts und links neben ihn und der Wagen fuhr ab.

Ich weiß, daß ich ein Bündel Heu in den Armen hielt und starr aus der Luke sah. Das alles war so unwirklich wie im Kino. Ich wachte erst auf, als die Nachbarin rief: „Max, deinen Vater haben sie abgeholt."

Ich sprang vom Heuboden direkt in den Hof, vier Meter tief auf den Misthaufen, schwang mich auf mein Fahrrad und fuhr zu einem Bauern außerhalb des Ortes, bei dem meine Mutter zeitweise, nach der Arbeit in der Porzellanfabrik, aushalf. Als sie mich kommen sah, setzte sie langsam die beiden Milchkannen ab, und als ich endlich keuchend vor ihr stand, sagte sie ganz ruhig: „Ich weiß schon. Es hat wohl so kommen müssen. Jetzt mußt du in die Hitlerjugend eintreten."

Jürgen Roth. *1945 in Frankfurt geboren. Journalist und Schriftsteller. Sein bekanntestes Buch ist das bereits 1974 erschienene, in diesem Jahr aber in einer vollständig überarbeiteten, erweiterten und aktualisierten Ausgabe neu aufgelegte „Armut in der Bundesrepublik. Untersuchungen und Reportagen zur Krise des Sozialstaats". Von der Situation in der Türkei handeln die Bücher „Aufstand im wilden Kurdistan" (1977); „Leitfaden Türkei. Bericht über ein rückentwickeltes Land" (1978) und „Geographie der Unterdrückten: Die Kurden". In dem Buch „Faschismus kommt nicht über Nacht", das Roth zusammen mit Felix Kuballa herausgegeben hat, wird die Faschisierung in der Bundesrepublik dokumentiert.*



Fast 200 Bauern waren auf Einladung der Westfälisch-Lippischen Landjugend gekommen, um gegen die neue Milchgüteverordnung zu protestieren. Die Verordnung, die in zwei Jahren in Kraft treten soll, ist ein neuer Markstein auf dem Wege der Ruinierung der bäuerlichen Landwirtschaft.

Bauernversammlung zur neuen Milchgüteverordnung

„Und wieder ist der Bauer der Dumme!"

Volkskorrespondenz aus Lippstadt

Am 16. Dezember 1979 fand in Haus Düsse in Ostinghausen zwischen Soest und Lippstadt eine Veranstaltung zur neuen Milchgüteverordnung statt. Annähernd 200 Bauern waren aus der näheren und weiteren Umgebung gekommen. Die Bauern machten klar, daß die neue Verordnung nur den Agrarkapitalisten und der Großbauernschaft nützt, die bäuerliche Landwirtschaft aber weiter ruiniert. Veranstalter war die Westfälisch-Lippische Landjugend.

Wurde der Erzeugerpreis für Milch bisher vor allem nach dem Fettgehalt berechnet, so schreibt die neue Milchgüteverordnung, die in zwei Jahren in Kraft treten soll, weitere Berechnungskriterien vor. Zukünftig soll auch der Eiweißgehalt zugrundegelegt werden.

Desweiteren soll die Einteilung in Güteklassen von der bakteriologischen Beschaffenheit der Milch abhängig gemacht werden. Wer nicht den strengen Normen genügt, muß einen Preisabzug von zwei bis sechs Pfennig pro Liter hinnehmen. Wäre die neue Verordnung heute schon wirksam, würde nur etwa 50 Prozent der Milcherzeugung in der Güteklasse 1 bleiben (heute sind es 98 Prozent).

Diese und weitere noch kompliziertere Kriterien verlangen von der Landwirtschaft erhebliche Investitionen, vorausgesetzt, man will den Erzeugerpreis nicht absinken lassen. Für die bäuerliche Landwirtschaft hätte das Absinken der Erzeugerpreise das Sterben weiterer Höfe zur Folge.

Die Agrarkapitalisten und die Großbauern sind keineswegs gegen die neue Milchgüteverordnung eingestellt, handelt es sich dabei doch um ein Manöver, insbesondere kleine Bauern zu ruinieren zugunsten der großbäuerlichen Interessen.

Denn die Großbauernschaft und das Agrarkapital sind im Gegensatz zur bäuerlichen Landwirtschaft ohne Schwierigkeit in der Lage, die nötigen Investitionen zu tätigen, um die Erzeugerpreise zu halten. Was die neue Verordnung für die bäuerliche Landwirtschaft bedeutet, ist in der letzten Ausgabe des süddeutschen *Bauernblatts* zu lesen:

„Es wird ihm (dem kleinen Bauern, Red.) *schwer fallen, durch gute Züchtung Einfluß auf den Milchpreis zu nehmen. Denn Tiere auf Fettgehalt zu züchten, ist jahrelang erprobt, aber Tiere auf Fett und Eiweiß zu züchten, ist sehr schwierig.* (...)

Um wieder Milchqualität 1 zu liefern, muß man nach Aussage des Milchkontrollverbandes häufiger die Milchschläuche wechseln, die Rohrleitung ständig überprüfen, jedes Kuh dippen usw. Und das Wichtigste: In einem traditionellen Stand mit Strohhaltung wird Klasse 1 schwerer zu erreichen sein, als in einem modernen Melkstand. Wie leicht kann einmal ein Zitzenbecher herunter ins Stroh fallen. Mehr Kontrolle, größere Konzentration, kurzum mehr Arbeit — das bringt die neue Verordnung."

Auf der Versammlung war auch ein Funktionär des Bauernverbandes anwesend. Er hatte sich vorgenommen, die neue Verordnung gegen den Protest der bäuerlichen Landwirtschaft zu verteidigen. Dazu mußte er tief in die Trickkiste greifen. So behauptete er beispielsweise, die neue Güteverordnung sei schon deshalb im Interesse der bäuerlichen Landwirtschaft, weil ansonsten der westdeutsche Markt von französischer oder holländischer Milch überschwemmt würde.



Durch die neue Milchvergüteverordnung wird das ohnehin karge Einkommen der bäuerlichen Landwirtschaft weiter geschmälert.

Doch aus dem Saal wurde gekontert: Der Bauernverband solle sich lieber ein Beispiel am Kampf der französischen Bauern gegen die Ruinierung nehmen. Die Bauern aus dem Jura weigern sich seit längerem, den Milchpfennig zu zahlen.

Weiter wurde unter dem Beifall der Anwesenden festgestellt, daß die Notwendigkeit der neuen Milchgüteverordnung erst einmal nachgewiesen werden müsse; ob denn die Milch heute so schlecht wäre, wenn sie vom Hof käme, denn homogenisiert, entrahmt, verdünnt etc. würde doch erst in den Molkereien.

Vehement wurde von den Versammlungsteilnehmern der Bauernverband kritisiert: **„Ich fordere eine Interessenvertretung, die schwachsinnige Sachen knallhart ablehnt!"** rief einer der Bauern dem Verbandsfunktionär zu.

Um die in der neuen Verordnung vorgesehenen Kontrollen vornehmen zu können, müssen die den Landwirtschaftskammern unterstellten Hygiene-Institute neue Großautomaten und Computer anschaffen. Das Geld dafür kommt aus Brüssel. Brüssel wiederum hat das Geld den Bauern aus der Tasche gezogen, über den Milchpfennig.

Bäuerliche Landwirtschaft in Eifel und Hunsrück

Otto Meyer bejubelt Bauernsterben

Volkskorrespondenz aus Trier

DAUN/EIFEL. — Der rheinland-pfälzische Minister für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten, Otto Meyer, präsentierte anläßlich der Fünfzig-Jahr-Feier der berufsbildenden Schule für Land- und Hauswirtschaft in Daun/Eifel Ende November ein Musterbeispiel für die Entwicklung der Landwirtschaft in Eifel und Hunsrück:

Der Herr Minister gab unter anderem an, daß sich die Zahl der Betriebe unter fünf Hektar im Kreis Daun von 4120 auf 1150 verringert hat. Die Zahl von nur 90 Betrieben mit mehr als 20 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche, die es 1949 gegeben habe, habe sich auf heute rund 500 erhöht, also mehr als verfünffacht. Zudem lägen viele dieser Betriebe zwischen 30 und 50 Hektar.

Mit vollem Ernst bezeichnete Meyer den *„Abstockungsprozeß"*, wie dieses Bauernsterben gefühlvoll umschrieben wurde, als einen *„Modellfall für die erfolgreiche regionale Wirtschafts- und Agrarpolitik der Landesregierung"* und für die *„gute und fruchtbare Zusammenarbeit von Landkreisverwaltung und landwirtschaftlicher Beratungsstelle im Dienste der einheimischen Landwirtschaft"*.

Dieser Konzentrationsprozeß dient in Wirklichkeit nicht der einheimischen Landwirtschaft insgesamt, sondern bestenfalls einigen Großbauern, von Otto Meyer dezent als *„ausbauwillige Landwirte"* bezeichnet.

Ob die Tausende von kleinen Bauern, von denen viele gewiß gegenwärtig die Arbeitslosenstatistiken füllen, nicht *„ausbauwillig"* gewesen sind?

Die kleinen Bauern in Eifel, Hunsrück und Pfalz, die kleinen Winzer an Rhein und Mosel haben von Otto Meyer, der solch zynische Jubiläumsreden von sich gibt, bestimmt auch in Zukunft nichts Gutes zu erwarten.

Leserbriefe

Thema Gesamtschule

In der Ausgabe vom 9. und 16. November des letzten Jahres veröffentlichten wir zwei Artikel zum Streit um die Gesamtschule („Arbeiterkinder schneiden an Gesamtschulen besser ab" und „Die Kampagne gegen die Gesamtschule ist reaktionär"). Hierzu erreichte uns ein Leserbrief aus Westberlin:

„Die Sache beim Namen nennen!"

Als wir im zweiten Artikel auf die Schwächen des Kurssystems eingingen, schrieben wir: *„Hier macht sich* (...) *das sämtlichen Schulen gemeinsame Problem des Lehrermangels bemerkbar."*

Eine Leserin aus Westberlin — sie ist Lehrerin an einer Hauptschule — kritisierte zu Recht, daß *„die Mängel der Leistungs- und Förderkurse auf den Lehrermangel abgeschoben"* werden.

„Statt Lehrermangel sollte man hier wohl die Sache besser beim Namen nennen: zu wenig Planstellen, zu hohe Lehrerarbeitszeit und vor allem zu hohe Klassenfrequenzen.

Solange die Klassenfrequenzen nicht radikal gesenkt werden, kann von Gleichberechtigung der sozial schlechter gestellten Schüler — sprich: Arbeiterkinder — überhaupt keine Rede sein. Dies muß immer wieder betont werden, denn diese Schüler, die zu Hause keine Hilfe haben, sind besonders auf die Fürsorge des Lehrers angewiesen. Und die kann er ihnen nicht geben, wenn zu viele Schüler in einer Klasse sitzen."

„Der ‚Rote Morgen' ist uns eine wichtige Hilfe und Unterstützung!"

An die Redaktion des *Roten Morgen*

21. 12. 1979

Liebe Genossen,
das Jahr ist fast vorüber, und es ist an der Zeit, auch Euch einmal Dank zu sagen für die gute Zeitung, die Ihr uns Woche für Woche liefert.

Der *Rote Morgen* hat sich im letzten Jahr wirklich so gut verbessert, und wir sind von Euch immer aktuell zu allen wichtigen politischen und wirtschaftlichen Fragen auf dem laufenden gehalten worden. Das war für uns eine wichtige Hilfe und Unterstützung in unserer alltäglichen Arbeit.

Leider verstehen wir es noch nicht richtig, den *Roten Morgen* wirkungsvoll einzusetzen und ihn möglichst vielen Menschen zugänglich zu machen.

Das ist noch ein Schwachpunkt in unserer Arbeit, den wir im nächsten Jahr versuchen wollen zu beheben.

Denn es ist doch wirklich schade, wenn man so eine gute Zeitung im Hinterstübchen läßt, anstatt sie systematisch bei Kollegen, Bekannten und Freunden zu verbreiten, gerade doch auch in einer Zeit, wo die Faschisierung zunimmt und die bürgerliche Presse immer mehr gleichgeschaltet wird. Woher sollen denn die Leute die Wahrheit erfahren, wenn nicht von uns? Denn es ist ja so: Wissen ist Macht!

Liebe Genossen, wir wünschen Euch für Eure weitere Arbeit viel Erfolg und wünschen Euch von ganzem Herzen einen kräftigen guten Rutsch ins neue Jahr, damit Ihr uns auch weiterhin schwungvoll jede Woche eine so gute Zeitung liefern könnt.

Rot Front!
Parteizelle Steilshoop

Die Redaktion dankt allen Genossen für die herzlichen und ermunternden Grüße zur Jahreswende. Was uns am oben abgedruckten Brief der Genossen aus Steilshoop besonders beeindruckt hat, ist das Versprechen die Arbeit mit unserem Zentralorgan zu verbessern, den *Roten Morgen* besser unter den Werktätigen zu verbreiten.

Wir sehen das als Verpflichtung an, weiter an der Verbesserung unserer Zeitung zu arbeiten.

Und was den „kräftigen Rutsch ins neue Jahr" betrifft, so hoffen wir, daß alle Leser ähnlich gut über die Runden gekommen sind wie wir.

In diesem Sinne ein kämpferisches neues Jahrzehnt!

Eure Redaktion *Roter Morgen*